Einzelpreis 10 Pfennige

Halle, Montag, den 28. April

Jahrg. 1924 • Nr. 99

Das „Volksblatt" erscheint mit einer wöchentlichen Wahlzeitung jeden Werktag; Sonnabends mit der Illustrierten Unterhaltungsbeilage „Volk und Zeit". Das „Volksblatt" ist zugleich das Publikationsorgan der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42—44. Hinterh II. Fernruf 4667. Persönliche Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr.

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis für das „Volksblatt" beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungs-Gebühr für Abholer 1,90 Mark. Bezugspreis für den Monat März 2,— Goldmark. Anzeigenpreis. Der einspaltige Millimeter kostet 8 Goldpfennig, der Reklamemillimeter 20 Goldpfennig. Hauptgeschäftsstelle Harz 42/44. Fernruf 4605, Zweigstelle Gr. Ulrichstr. 27 — Postscheckkonto 203 19 Erfurt. —

Wer wählt Mörderparteien?

KPD.-Mordorganisation.

Mordanschlag auf Seeckt. • Weitere Mordpläne. • Revolver, Bombe, Ruhr-, Typhus-, Choleradazillen als politische Waffen. • In 14 Tagen 33000 Dollar für Mordzwecke. Die Ermordung eines abtrünnigen Kommunisten.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst meldet:

Seitdem die deutschen Kommunisten im radikalen Fahrwasser segeln, überbieten sie sich unter der Führung von Ruth Fischer in dem Bestreben, alle russischen Vorbilder, auch wenn sie sich längst überlebt haben, getreulich bis ins kleinste nachzuäffen. So haben sie sich in jüngster Zeit auch eine „Tscheka" geschaffen, damit sie **auf dem Gebiete der Feme den völkischen Mordbuben nicht nachstehen.** Zwei Opfer hat diese linksradikale Terrororganisation bereits gefordert: erst kürzlich in Mecklenburg den früheren Kommunistenführer Jonas und Anfang Januar in Berlin einen Friseur Rausch, der auch abtrünnig geworden war.

Die amtlichen Untersuchungen, die seitdem geführt wurden, haben ein, Material zutage gefördert, das einen umfangreichen Einblick in die kommunistische Mordorganisation gestattet. Danach scheint festzustehen, daß die deutschen Kommunisten auf deutschem Boden Ende November 1923 eine Tscheka, d. h. eine parteipolitische Femepolizei, geschaffen haben, die der russischen Tscheka genau nachgebildet ist. Ihre Aufgabe ist es, **Verräter an der Partei und außerdem politische Gegner zu „erledigen".** An der Spitze dieser Organisation, die sich über das ganze Reich erstreckt, stand ein Russe mit dem Decknamen Heilmut, der angeblich Goresf heiß und wahrscheinlich auch das Amt des militärischen Leiters der Reichszentrale der KPD. innehat. Er ist inzwischen in Berlin verhaftet worden. Die Mitglieder der Tscheka bezogen von der Parteileitung ursprünglich ein festes Gehalt von 180 Mk., später von 60 Goldmark in der Woche und 50 Prozent „Trennungszulage" für Verheiratete. Sie wurden regelrecht vom Führer der einzelnen Gruppe durch Handschlag verpflichtet, unter folgenden vielsagenden Worten: **„Ich verpflichte mich bei meiner proletarischen Ehre (!) als Mitglied der Gruppe zur Ueberwachung der Partei; Verrat, Feigheit und Flucht werden mit dem Tode bestraft."**

Dem Stuttgarter Polizeipräsidium gelang es Ende Februar, die **Hauptpersönlichkeiten der deutschen Tscheka zu verhaften, als sie schwer bewaffnet in einem Kraftwagen Stuttgart verlassen wollten.** Sie waren mit falschen Pässen versehen und übten ihre ganze Tätigkeit unter falschem Namen aus. Die Untersuchung hat ergeben, daß jedes Mitglied zur Erledigung der Aufgaben, die der Tscheka von der Parteileitung gestellt wurden, mit Parabellumpistolen ausgerüstet waren, außerdem hatten sie erhebliche Mengen von Sprengstoffen und zu ganz raffiniertem Vorgehen **Kulturen von Ruhr-, Typhus- und Cholerabazillen.** Die Parteizentrale in Berlin hatte seit Anfang Februar auch einen besonderen Kraftwagen gestellt.

In Stuttgart befinden sich zurzeit in Haft als Mitglieder der deutschen Tscheka: der Schriftsetzer Felix Neumann aus Berlin, ein Tischler Poege, ein Schlosser Szon, ein Fabrikarbeiter Margies, ein Möbelpolierer Otto König, ein Elektromonteur Meus und ein Kraftfahrer Moersner. Führer der Tscheka war Neumann, der vorher die Stelle eines Sekretärs in der Reichszentrale der KPD. bekleidete. **Margies ist wegen Körperverletzung und schweren Diebstahls in wiederholtem Rückfall bereits mit rund 12 Jahren Zuchthaus vorbestraft.** Aus den Geheimdokumenten, die der Polizei in die Hände fielen, geht hervor, daß Neumann **als Tscheka-Leiter in der zweiten Hälfte des November insgesamt über 33000 Dollar an Einnahmen zu buchen hatte.** Ein Brief, den Neumann am 17. Dezember 1923 an den „Genossen Trotzki" schrieb und von dem die Abschrift vorliegt, beweist die enge Zusammenarbeit zwischen der deutschen Tscheka und der russischen Parteileitung: „Aus den Berichten", so schreibt Neumann, „die seitens der deutschen Zentrale M. Leitung periodisch an Sie erstattet werden, sind Sie über den Stand und die geleisteten Arbeiten auf militärisch-politischem Gebiet in Deutschland unterrichtet. Einen wesentlichen Umfang im Rahmen der Gesamtarbeit nimmt die Tätigkeit der Abteilung Zersetzung ein. Sie werden wissen, daß es sich hier lediglich um propagandistische und agitatorische Aufgaben im gegnerischen Lager handelt. Die veränderte politische Situation in Deutschland bedingt unsererseits neue Kampfmethoden. ... Als eines der geeignetsten Kampfmittel erscheint mir unter Berücksichtigung der augenblicklichen Situation **die Anwendung des persönlichen Terrors.** Nach der prinzipiellen Zustimmung des Gen. Heilmut, die natürlich nicht ohne Einverständnis der zentralen Kampfmitglieder erfolgen konnte, wurde ich autorisiert, den Ausbau von T.-Gruppen zu übernehmen. Die Arbeit war nicht leicht. Ich war bestrebt, eine Organisation zu schaffen, die ohne Sentimentalität und Romantik, lediglich gestützt auf absolute Zuverlässigkeit, eiserne Disziplin und Pflichttreue aller ihr angehörenden Genossen, die gestellten Aufgaben erfüllen konnte. ... Ich halte die Erfüllung der mir gestellten Aufgabe für Deutschland für eine politische Notwendigkeit, der ich mich in Gemeinschaft mit meinen Mitarbeitern nach wie vor unterziehen werde, bis zur endgültigen Entscheidung, die ich in Ihre Hände lege und um deren Beschleunigung ich Sie dringend ersuche. Sollten Sie die von mir geäußerte Meinung teilen, bitte ich sofort zu veranlassen, daß mir bis zur Durchführung meiner Aufgabe die unbedingt notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden."

Der erste Auftrag, der der Tscheka erteilt wurde, war der Mord des Generals v. Seeckt nach dem von ihm ausgesprochenen Verbot der Kommunistischen Partei. Der Plan war bis ins einzelne ausgearbeitet und weist sehr viel Aehnlichkeit mit dem völkischen Mordanschlag des Augsburger Fabrikanten Grandel auf. Seeckt wurde Anfang Dezember etwa eine Woche lang täglich vormittags, nachmittags und auch abends beobachtet und dann beschlossen, ihn auf seinem Spazierritt im Tiergarten vom Pferde zu schießen. Dazu waren die verschiedensten Posten, teils mit Fahrrad und Kraftwagen versehen, aufgestellt. **Den Schuß sollte Neumann abgeben. In Berlin wurden auch bereits Zettel beschlagnahmt, die nach der Tat zurückgelassen werden sollten mit der Aufschrift: „So rächt sich die Revolution. Der Bund der roten Katzen."** Die Aufstellung der beauftragten Tscheka-Mitglieder erfolgte auch nach dem ausgearbeiteten Plan. **Die Ausführung des Mordes kam jedoch nicht zustande, weil General v. Seeckt an zwei Tagen ausblieb. Der Mordplan wurde aber weiterverfolgt.** Neumann ging nun ins Wehrministerium und erkundigte sich dort als Berichterstatter einer Berner Zeitung nach dem Aufenthalt Seeckts. Dieser war damals in Weimar. Am Tage, der für seine Rückkehr nach Berlin angegeben wurde, befand sich Neumann mit Szon zur Ankunft des Zuges am Anhalter Bahnhof. Auch hier blieb freilich Seeckt aus. **Der Attentatsplan wurde erst nach der Verhaftung eines der Kommunisten aufgegeben.** Hingegen wurde die zweite Aufgabe, **die Beseitigung des Friseurs Johann Rausch in Berlin, ausgeführt.** Alle Schwierigkeiten, die sich der Ermordung des Rausch, den die Kommunisten als Spitzel betrachteten, wurden überwunden. Nach mehrmaligen Versuchen, auch in der Wohnung des Rausch selbst, wurde dieser schließlich **am Abend des 7. Januar von Pöge abgeholt und im Torbogen seines Hauses von Neumann niedergeschossen.** Im bereitgestellten Kraftwagen, bei dem sich Szon und Margies aufhielten, flüchteten die Täter, und Neumann war ob seines Verbrechens so befriedigt, daß er den Pöge umarmte mit den Worten: „So, der sagt nichts wieder."

•

Zu den vorstehenden Ausführungen wird vom „B. T." noch ergänzend mitgeteilt:

Von Margies wurde der Vorschlag gemacht, den General von Seeckt durch eine Bombe zu erledigen, die in dem Kraftwagen des Generals geworfen werden sollte. Margies hat dann **tatsächlich zur Probe eine Bombe konstruiert, indem er eine Mannesmannstahlröhre mit dem der Tscheka zur Verfügung stehenden Sprengstoff füllte. Diese Versuchsbombe wurde dann auf freiem Gelände in der Nähe von Tempelhof probiert. Die Wirkung war außerordentlich stark.** Als Mitte Dezember 1923 in einer Wirtschaft, in der die Tschekamitglieder verkehrten, einige Festnahmen erfolgten, wurde der Plan zur Ermordung des Generals von Seeckt in der Befürchtung, die Polizei habe davon erfahren und suche die Angehörigen der Tschekagruppe, vorläufig aufgegeben.

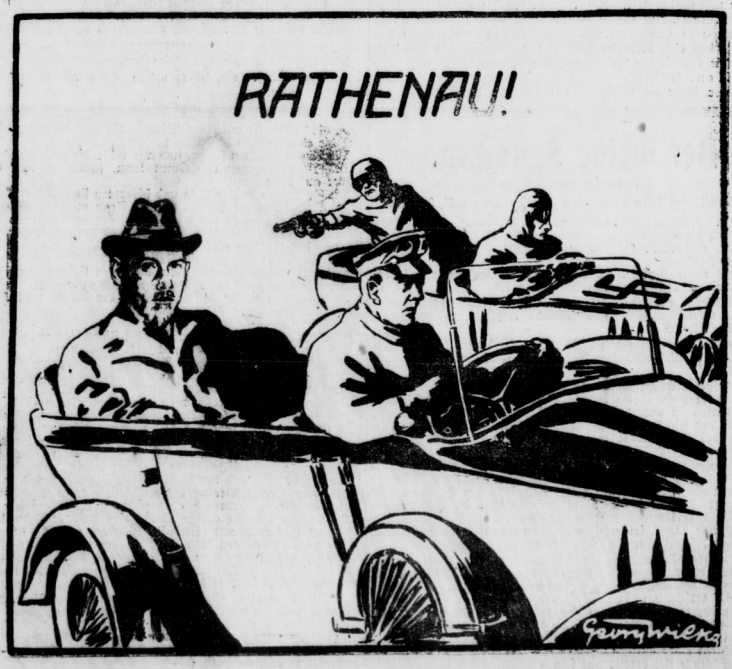
Ein weiteres geplantes Attentat sollte auf den württembergischen Minister des Innern, Bolz, ausgeführt werden. Die Stuttgarter Behörden sind dabei, die Angelegenheit jetzt weiter zu verfolgen, und sie hoffen, noch sehr bedeutendes Material zusammenzubringen.

•

Die Meldungen besagen aufs neue einwandfrei, daß die KPD. zurzeit dieselbe Rolle wie die deutschvölkische Mörderpartei spielt. Mit Revolver, Bombe und Gas glaubt diese Gesellschaft, neue Ordnung und neue Kultur schaffen zu können. Die Veröffentlichungen passen ausgezeichnet zu den jetzt fast überall auch im hallischen Bezirk von den KPD.-Rednern ausgegebenen Parolen: Wählt kommunistisch oder deutschvölkisch! Die beiden Mörderparteien haben sich gefunden. Sie sind einander wert. Zwar schlagen sie sich hin und wieder auch mal. Aber das tut der Liebe keinen Abbruch. Ein altes Sprichwort sagt ja sehr richtig: „Pack schlägt sich und Pack verträgt sich." Der deutsche Arbeiter sieht jedoch mit voller Klarheit, daß er sich zum politischen Kannibalen, zum Wildwestränber degradiert, wenn er am 4. Mai Parteien seine Stimme gibt, die den Mord zum politischen Prinzip erhoben haben.

Oder sollte es vielleicht doch hier und dort Arbeiter geben, die sich in der Gesellschaft von Mördern und Verbrechern wohlfühlen? Die mögen deutschvölkisch oder kommunistisch, kommunistisch oder deutschvölkisch wählen und sich zu Trabanten des politischen Mordes erniedrigen.

Der Arbeiter aber, der für das Ideal der Befreiung seiner Klasse, der für den Sozialismus und die sozialistische Gesellschaftsordnung kämpft, gibt am 4. Mai seine Stimme der Sozialdemokratischen Partei, deren vernunftgemäße Politik Frieden und Wohlfahrt bedeutet.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404281-12/fragment/page=0001

Der Parteitag der ILP.

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

London, 26. April.

Der Parteitag der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands (ILP.), der zu Ostern in York tagte, hinterläßt manchen erfreulichen Eindruck und manche lehrreiche Erfahrung.

Die ILP. ist die sozialistische Propagandaorganisation innerhalb der großen englischen Arbeiterpartei. Die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung hat einen Unterschied entstehen und bestehen lassen zwischen den großen Massen der englischen Arbeiter und der Partei, die nicht diese Masse ist, sondern die sozialistischen Ideen zu ihr bringt, aber in der größeren politischen Organisation, die auch die Gewerkschaften umfaßt, mit ihr vereinigt ist. Die ILP. ist vor 36 Jahren gegründet worden; sie zählt heute rund 60 000 Mitglieder in 772 Ortsgruppen — ein Zuwachs von 135 im letzten Jahre, in dem sich auch die Zahl der Mitglieder nahezu verdoppelt hat. Ihr Wochenblatt, der „New Leader", hat eine Auflage von mehr als 60 000. 126 von den 191 Arbeiterabgeordneten im Parlament, 26 Mitglieder der Regierung sind Mitglieder der ILP., die auch im engeren Kabinett sechs Vertreter — Mac Donald, Snowden, Wheatley, Jowett, Trevelyan und Arnold — zählt. Aber trotz des raschen Vormarsches der ILP. ist im Augenblick, da die englische Arbeiterschaft bereits die Regierung ihres Landes übernommen hat, der Sozialismus einigermaßen zurück. Dieses Ereignis stellt die ILP., weit mehr als die Labour Party, die erst 1918 ein wirklich sozialistisches Programm annahm, vor ein gewaltiges Problem: die Verantwortung einer sozialistischen Partei für eine Regierung, die nicht sozialistisch regieren kann. Man war gespannt, wie der Parteitag, der erste seit dem Amtsantritt der Arbeiterregierung, diese entscheidende Frage lösen werde.

Was den, der unsere kontinentalen Parteitage kennt, an einem englischen Kongreß hauptsächlich imponiert, ist die Ordnung und Disziplin seiner Verhandlungen. Der Vorsitzende ist hier die Hauptperson des Kongresses. Seine Eröffnungsansprache ist einer der Hauptgegenstände der Tagung. Seine impartentische Autorität lenkt, zügelt, beherrscht die Tagung; sie ist das vom allgemeinen Vertrauen getragene Gegenstück zu der weitgehenden Meinungsfreiheit jedes einzelnen Delegierten, die tief im Bewußtsein der englischen Partei, der englischen Demokratie verankert ist. Der englische Kongreß kennt keine Rednerliste; wenn der eine Redner geendet hat, steht derjenige, der zu reden wünscht, auf. Der Vorsitzende wählt aus der Zahl derer, die sich melden, den nächsten Redner aus, und widerspruchslos fügt sich jeder seiner Bestimmung. Mit einer Anfrage (an den Vorsitzenden) zur Geschäftsordnung darf jeder den Redner unterbrechen; aber niemand darf reden oder auch nur stehen, sobald der Vorsitzende aufgestanden ist. Gedruckt vorliegende Berichte werden in der kürzesten Art seitenweise verhandelt; alle Anträge müssen von einem Mitglied begründet, von einem zweiten unterstützt werden, und sorgfältig wacht der Vorsitzende darüber, daß nicht nur die Stimme des Parteivorstandes, sondern vor allem die Meinung der Delegierten zu Wort kommt. Dafür aber nimmt jeder einzelne Rücksicht darauf, daß auch alle anderen zu Wort kommen wollen. Außer den Eröffnungsansprachen gibt es auf einem englischen Parteitag kaum eine Rede, die länger als 10 Minuten dauert.

So hat der Kongreß von York eine umfangreiche Tagesordnung erledigt. Der Bericht der Parteileitung fand keine Gegnerschaft. Ein Agrarprogramm der Partei wurde ausführlich verhandelt und genehmigt, ebenso eine Entschließung, die die schrittweise Vergesellschaftung von Grund und Boden auf dem Wege der Wegsteuerung der Grundrente fordert und vorschlägt, daß vor allem ein Gesetz das alte traditionelle Recht der Nation auf alles Land von neuem als Grundsatz erkläre. Ein weiterer Beschluß behandelt die Frage der Arbeitslosigkeit; ein anderer betrifft die Einberufung einer neuen internationalen Staatenkonferenz, ein dritter verlangt von der Regierung die Vorbereitung der Sozialisierung wichtiger Wirtschaftszweige in der Weise, daß sie, wenn sie nicht sofort vergesellschaften kann, ihre Amtsgewalt dazu benutzen soll, die Möglichkeit und praktische Durchführung der Sozialisierung durch amtliche öffentliche Prüfung zu untersuchen — eine Forderung, die charakteristisch ist für die Formen, in denen allein die englische Demokratie sich die Verwirklichung des Sozialismus vorstellen kann.

Zu einem ernsten Gegensatz der Meinungen, der aber in der freundschaftlichsten Achtung vor der gegenseitigen Ueberzeugung ausgetragen wurde, kam es im Verlauf der Debatten nur bei der Frage der Militärausgaben und der Rüstungen. Walter Ayles, der Führer der 13 Arbeiterabgeordneten, die im Parlament gegen das Militärbudget der Arbeiterregierung gesprochen und gestimmt hatten, verlangte, daß die Partei ihre Vertreter verpflichte, Rüstungsausgaben unter allen Umständen ihre Zustimmung zu verweigern. Genosse Wallhead mahnte den Kongreß, daß eine derartige Pflicht zur Opposition unter Umständen die Einheit der Arbeiterpartei gefährden könne, und Clifford Allen, selbst ein Pazifist und Führer der Kriegsdienstverweigerer, stellte den Pazifisten vor, daß auch ihr Ziel nicht mit Sturm und Zwang und nicht in einem Sprunge erreicht werden könne: „Sollen wir das pazifistische Endziel auf anderen Wegen suchen als das sozialistische?" Diese Worte überzeugten. Der Antrag der extremen Pazifisten wurde mit beträchtlicher Mehrheit abgelehnt.

Aber das alles traf nicht das eigentliche Problem. Zur Klärung der großen Frage, die zwischen der Stellung einer sozialistischen Partei und der Verantwortung für die Regierung eines kapitalistischen Staates schwebt, hat der Parteitag der ILP. nichts beigetragen. Wohl hat der Vorsitzende Allen in seiner großen Eröffnungsansprache dieses Problem gestellt. Er sagte, es wäre falsch, wenn die Partei sich auf den engen Standpunkt zurückzöge: Recht oder Unrecht — unsere Regierung. Er betonte, daß die Unterstützung, die die Partei der Regierung geben wolle und müsse, in zwei Dingen bestehe: in der Freiheit loyaler Kritik, die von außen her, durch den Druck zu sozialistischen Maßnahmen, der Regierung das Rückgrat stärkt, und in der unermüdlichen Propaganda, die neben dem Wirken der Arbeiterregierung die Wähler der Labour Party erst zu Sozialisten macht. Die Resolution, in der der Kongreß diesen Gedanken zum Beschluß erhob und die den Ausdruck der Treue zur Regierung mit dem Bekenntnis zum Sozialismus verbinden sollte, war jedoch ziemlich farblos.

Seit jeher und noch immer — denn wie lange ist es her, daß englische Kongresse trotz gelegentlicher Resolutionen über die „Vergesellschaftung der Produktions- und Tauschmittel" es ablehnten, irgend etwas mit dem Wort Sozialismus oder gar mit dem class war („Klassenkrieg", wie man hier den Klassenkampf übersetzt) zu tun haben?! Diese Mißverständnisse und Abneigungen wirken noch jetzt nach. Mac Donald erklärte z. B. in seiner Rede auf dem Kongreß in York, er habe nichts dagegen, seine Partei und seine Regierung eine sozialistische nennen zu hören, aber gefühlsmäßig liebe er es nicht. An dem Wort Sozialismus haftete ein gewisser Geruch wie von Büchern, es sei eine Theorie, ein großer Mechanismus — deshalb höre er seine Partei und seine Regierung lieber nach der Arbeit nennen, ein Name, der sie „mit dem großen, einfachen, göttlichen Herzen des arbeitenden Volkes verbinde." — Indes hat schon vor zwanzig Jahren Karl Kautsky von der Labour Party gesagt, daß sie den Klassenkampf zwar nicht anerkenne, aber ihn führe. So kommt es auch heute in England nicht darauf an, daß eine unklare, traditionsgefärbte Terminologie die Probleme vielfach verhüllt, daß ein Parteitag fast an ihnen vorbeigeht, sondern daß sie da sind.

Die Antworten an die Repko.

Italien, Belgien, England stimmen zu, Frankreich lehnt ab.

Paris, 27. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die Reparationskommission hat am Sonnabend die von ihr am 17. April an die alliierten Regierungen gerichtete Note zusammen mit deren Antworten veröffentlicht. Während England, Belgien und Italien, der Empfehlung der Reparationskommission Folge gebend, sich bereit erklären, sich die Vorschläge der Sachverständigen in ihrer Gesamtheit zu eigen zu machen, macht die französische Regierung deren Annahme von den bereits gefaßten Reserven und Vorbehalten abhängig. Poincaré lehnt es ab, die von dem Komitee Dawes vorgezeichnete Lösung als einen Reparationsplan im eigentlichen Sinne anzuerkennen. Die Aufstellung eines solchen Planes sei vielmehr Sache der Reparationskommission, die zu diesem Zweck die „Fingerzeige" der Sachverständigen auszugestalten, sie zu ergänzen und ihnen die exekutorische Form zu geben habe. Erst wenn die Reparationskommission diese ihr obliegende Aufgabe erfüllt und sich davon überzeugt habe, daß Deutschland die zur Durchführung der von ihr gestellten Entscheidungen erforderlichen Maßnahmen getroffen habe, seien die Regierungen ihrerseits in der Lage, sich über die ihrer eigenen Kompetenz unterliegenden Konklusionen der Sachverständigen auszusprechen. Das von der Reparationskommission bisher verfolgte Verfahren wird von der französischen Regierung aufs entschiedenste abgelehnt mit der Begründung, daß die deutsche Regierung unter keinen Umständen auf dem gleichen Fuß behandelt werden könne wie die alliierten Regierungen. Poincaré erinnert die Kommission in diesem Zusammenhang daran, daß sie die Vertreter Deutschlands nur gutachtlich zu hören habe, daß im übrigen aber der Friedensvertrag ihr die Befugnis gibt, ihre Entscheidungen der deutschen Regierung aufzuoktroyieren. (!) Hinsichtlich der von den Experten als unerläßliche Voraussetzung für die Verwirklichung ihres Programms bezeichneten Wiederherstellung der deutschen Finanz- und Wirtschaftsleinheit erklärt die französische Regierung, die alliierten Regierungen müßten unter sich die Frage prüfen, unter welchen Bedingungen die gegenwärtigen in der Hand Frankreichs und Belgiens befindlichen Pfänder zum Gegenstand einer Verschmelzung oder eines Austausches mit denen gemacht werden sollen, die ungeteilt sämtlichen Alliierten übergeben würden. Aber diese Operationen könnten erst stattfinden, wenn Deutschland den Plan effektiv zur Ausführung gebracht habe, und es sei Sache der Regierungen, im gegenseitigen Einvernehmen die Garantien zu bestimmen, die diese Operationen erforderlich machen könnten.

Mac Donald in Windsor. Mac Donald traf Sonnabend abend in Schloß Windsor ein, wo er als Gast des Königs das Wochenende verbrachte.

Räuber und Plünderer, die ihre Feldherrn Ludendorff gehorchten.

Die „Strafanträge im kleinen Hitler-Prozeß.

München, 28. April. (Eig. Drahtbericht.)

Im Prozeß gegen den Stoßtrupp Hitler wurden am Sonnabend die Plädoyers gehalten. Der Staatsanwalt hob hervor, daß die Beweisaufnahme einen erschütternden Eindruck gemacht und mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt habe, zu welch schauderhaften Zuständen von Gesetz- und Rechtlosigkeit es gekommen wäre, wenn das Unternehmen Hitlers nicht so rasch zusammengebrochen wäre; sie habe ferner gezeigt, von welch moralischem Tiefstand ein Teil unserer Jugend befangen sein muß. Dies müsse jeden Vaterlandsliebenden mit tiefster Betrübnis erfüllen. Der Staatsanwalt faßte dann das Ergebnis der Beweisaufnahme zusammen und bezeichnete Hauptmann Göhring, der dem Stoßtrupp den Befehl erteilt hat, als den „böken Geist Hitlers und des Stoßtrupps". Statt zur Ordnung, statt zum nationalen Aufbau, habe man den Stoßtrupp zum Zerstören, zur Wiinderung von zur Freiheitsberaubung mißbraucht. Es sei eine Methode gewesen, die jener, die im April 1919 während der Räterepublik angewandt wurde, sehr stark ähnelte, nach dem Zeugnis des Bürgermeisters sogar noch dieser hinausging. Die Angeklagten hätten das gleiche gewollt wie Hitler und hätten von dessen Vorhaben vorher Kenntnis gehabt. Es könne keine Regierung geben, unter der solche Handlungen, wie sie die Anklage anführt, erlaubt sein können. Es gäbe keine Regierung, auch nicht eine Regierung Hitler, die es als Rechtens erklären könnte, ohne gesetzlichen Grund jemand der Freiheit zu berauben und ihm das Eigentum wegzunehmen und zu zerstören. Die Beschuldigten seien im Sinne der Anklage zu verurteilen. Doch seien ihnen Milderungsgründe (!) zuzubilligen. Zum Teil seien es sehr junge Leute, die sich im Irrwahn befanden, daß sie mit ihrer Handlungsweise eine nationale, im Interesse des Vaterlandes liegende Tat begingen, und die sich in jugendlicher Begeisterung, in kritiklosem Gehorsam gegenüber ihren Führern, auf die die Hauptverantwortung falle, zu ihrer Tat hinreißen ließen. Sie seien von ihren Führern, die sich vielleicht selbst über die Tragweite keine Rechenschaft gaben, mißbraucht worden. Im einzelnen beantragte der Staatsanwalt für die Angeklagten von Knobloch, Maurice, Schneider und Fröschel eine Festungshaft (!) von je zwei Jahren, für vier weitere Angeklagte, darunter den Kriminalassistenten Gerum, die Mindeststrafe von einem Jahr drei Monaten Festung und für die übrigen Angeklagten eine Festungsstrafe von einem Jahr sechs Monaten, außerdem gegen den Angeklagten Feistmayr wegen schweren Diebstahls in der „Münchener Post" (Feistmahr ist bereits zweimal wegen Diebstahls vorbestraft) eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten. (!) Außerdem müsse den Angeklagten eine Geldstrafe zuerkannt werden, deren Höhe der Staatsanwalt dem Gericht überläßt.

Sämtliche Verteidiger plädierten erwartungsgemäß auf Freisprechung oder Mindeststrafe. Justizrat Kohl sagte u. a., der Politiker Hitler habe sich um sein Vaterland viel größere Verdienste erworben als der Politiker Mussolini. Italien aber mache Mussolini zum Ehrenbürger von Rom, während Deutschland Hitler nur zum Ehrenbürger von Landsberg mache. Ludendorff sei freigesprochen worden, obwohl er nachgewiesenermaßen die Tatenlösung angestiftet habe. Die Angeklagten hätten auch nichts anderes gewollt, und doch wolle man sie verurteilen. Außerdem seien sie bloß Soldaten gewesen, die viel weniger verantwortlich zu machen seien, da sie nur ihrem Feldherrn Ludendorff gehorchten. Bravorufe im Zuhörerraum, die der Vorsitzende rügt. Die Urteilsverkündung erfolgt am Montagnachmittag um 3 Uhr.

Stresemann für zweierlei Recht.

Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat in einer Wahlversammlung in Steglitz am Freitagabend ganz offen zugegeben, daß er seinerzeit gegen Bayern nicht eingeschritten sei wie gegen Sachsen und Thüringen. Wenn man ihm vorwerfe, daß das mit „zweierlei Maß" gemessen sei, so nehme er diesen Vorwurf auf sich; denn man könne „politisch verführte Nationalidealisten" nicht ebenso behandeln wie „räuberische Horden, die mit Sowjetgeld bezahlt" würden. Mit diesen Sätzen bekennt sich der frühere volksparteiliche Reichskanzler ganz offen zur doppelten Moral und zu der These, daß in Deutschland zweierlei Recht herrschen dürfe. Diese These wurde am Sonnabend in München vom Staatsanwalt beim Volksgericht unterstrichen, der gegen die räuberischen Ludendorff-Banditen die ehrene volle Festungsstrafe beantragte. Er tat das in voller Pose des Hüters verletzten Rechts, indem er zornbebend auf die Schwere der strafbaren Handlungen hinwies, aber als mildernden Umstand in Rechnung stellte, daß die Plünderer und Straßenräuber ihren Führern Hitler und Ludendorff Gehorsam gelobt hatten. Er schloß mit dem bekannten Satze, daß „Recht Recht bleiben" müsse. Nun sieht dieses Recht in Deutschland so aus: Als Räuber nagelfest wurde und die Empörung der republikanischen Arbeiter an allen Orten zum Himmel schlug, vergriffen sich etliche von ihnen auch an Hakenkreuzfahnen und sonstigen monarchistischen Abzeichen. Dafür wurden sie in Ost und West wegen schweren Landfriedensbruchs angeklagt und vielfach zu langdauernder Gefängnisstrafe verurteilt. In Thüringen ist noch Ende März eine Anzahl sozialistischer Arbeiter von

---

Der weiße Schrecken.

85] Roman von Andor Nagy.

Aus dem Ungarischen übertragen von Stephan J. Klein.

Lola sah seine glotzenden Augen, wie er hypnotisierte, befahl. Und sie sah die unglückseligen Lippen, die sich öffneten und das gezwungene, erschrockene Röcheln emporstießen:

„Hängt sie!"

„Gibt's einen Kain unter euch?" fragte Hardegg mit bösem Augenfunkeln. „Kain soll den Abel hängen."

Todesstille. In der leeren Geräuschlosigkeit wird das leise Wimmern des unglücklichen Weiß vernehmbar, er plapperte unverständliche, hebräische Worte.

„Es gibt keinen Kain hier!" schnarrte Hardeggs Stimme, wie das Krächzen eines Raben. „Der Henker trete vor, walte seines Amtes!"

Mit aufgerollten Hemdsärmeln, den Strick um den nackten Arm gewunden, trat ein Soldat vor. Mit geübter Hand befestigte er die Schlingen an den Galgen. Zuerst die eine, dann die andere. Lola sah, daß sein Kragenknopf aus blau gefärbtem Porzellan war. Sein kleiner Schnurrbart bebte. Die weißen Zahnreihen waren lückenlos.

Zwei Soldaten erfaßten Weiß. Sie hoben ihn mit solcher Leichtigkeit, als hätte er gar kein Gewicht. Banden ihm die Füße zusammen, stellten ihn auf einen niederen Sessel. Der Stuhl wackelte ein wenig! Im selben Augenblick lag auch schon die Schlinge um seinen Hals, ein hervorgestoßenes, geheimnisvolles Wort blieb ihm in der Kehle stecken, seine Füße berührten nicht mehr den Sessel. Der Körper schnellte in die Höhe, der Strick verknotete sich.

Abel wurde gebracht. Er war schwerer. Die Soldaten, die ihn schleppten, bissen sich auf die Lippen. Regungslos, starr, stand er auf dem kleinen Sessel. Sein Gesicht war bleifarben.

„Abel!" zerschnitt es die taube Leere.

Die verdrehten Augen wandten sich zurück. Schauten in die Richtung der Stimme. Lola sah, die Augen hefteten sich mit einem hellen, klaren Verstehen auf sie und mit dem mächtig gewaltigen Dahinfluten einer gütigen Seele.

Die Schlinge fiel bereits auf seinen Hals.

„Abel!" schrie sie mit einer Stimme, die nicht mehr die alte war und die eben deshalb bloß Abel verstand.

Die Augen schauten sie an, und alle Güte, die im Augenblick des Todes Menschenaugen entströmen kann, sandte er vom Galgen nieder auf diese Frau.

Die Soldaten erfaßten Lola und schleppten sie von der Richtstätte fort. Noch sahen die Augen, wie die Frau mit den Bewaffneten rang, dann schlossen sie sich sanft. Die Körperzuckungen ließen den Strick erzittern, der langsam hochrollte, und das tote Gesicht wandte sich von den Gaffern ab.

Die Zuschauer schlugen ein Kreuz.

Mit zerwühltem Haar, mit blauen Lippen lief Hardegg über den Platz. Er schlug mit der Reitgerte um sich und brüllte:

„Alle marsch nach Haus! Wer sich auf der Straße zeigt, den lasse ich erschießen! Hunde!"

Laufend flohen die Leute.

Die Soldaten spien aus, rauchten sich Zigaretten an.

Die Sonne schien strahlend mit fröhlichem Glanz auf die beiden gehängten Juden hernieder. Aus den Nachbargärten flog ein bunter Schmetterling herbei, umschwebte die beiden hängenden Körper, flatterte ruhig weiter.

Später wurde Lola freigelassen. Sie ging heim, verschloß sich in ihrem Zimmer. Niemand lief ihr in den Weg, doch wünschte sie auch niemandem zu begegnen. Das Kastell war wie ausgestorben. Auf der Treppe lag eine junge Katze, den Bauch der Sonne zugekehrt; ihre anmutigen kleinen Pfoten spielten mit einem Blütenzweig. Lola betrachtete lange dieses sorglose, reine, verspielte, frohe, kleine Tier, und der Gedanke, um wie viel besser und glücklicher so ein kleines Tier sei, als der Mensch, prickelte nur in ihrem Unterbewußtsein, vermochte aber nicht an die Oberfläche zu gelangen. Kein einziger ganzer Gedanke entstand in ihrem Gehirn; sie war tödlich müde und erschöpft. Während sie sich bis zur letzten Minute tapfer gehalten hatte, brach sie, kaum daß sie das Zimmer betrat, wie ein stolzer Baum zusammen, aus dem man das Eisengerüst fortgerissen. Ihr feiner und gebrechlicher Körper streckte sich auf den Teppich hin; so lag sie ohnmächtig.

Später wagte sich eine alte Bauernmagd ins Zimmer. Mit stiller Demut umtrippelte sie den leblosen Körper, öffnete Lolas Kleid, nahm die Frau in die Arme und trug sie auf das Bett, wo sie bis zum Sonnenuntergang verharrte. Ihrem Bauernverstand folgend, unternahm sie nichts, um Lola aus der Ohnmacht zu erwecken, ließ sie ruhen.

Abends erschienen zwei Soldaten im Korridor. Sie kamen gebückten Rückens, schleppten eine Tragbahre. Die alte Magd führte sie durch unbewohnte Räume zu den Stuben, wo Abel die letzte Nacht verbracht hatte. Die Soldaten sprachen kein Wort, ließen in dem großen verödeten Haus den Kopf hängen, gingen auf den Fußspitzen, entfernten sich demütig. Die alte Frau zündete zu Häupten des Bettes zwei Kerzen an und schlug ein Kreuz.

Nachts, nach Stunden, kam Lola zu sich. Sie war gequält und gefoltert, klammerte sich mit dankbaren Augen an die alte und greise Güte des Altweibergesichts. Griff mit müden Händen nach den alten vertrockneten Fingern und streichelte sie mit so sanfter Liebe, wie eine zärtliche Mutter ihr sterbendes Kind. Zog die rauhe Hand an ihre Stirne, bat mit einer mutlosen Gebärde, sie möge ihr das fiebrige Gesicht streicheln.

„Wie heißt Ihr, Mütterchen?" fragte sie leise.

„Maria, meine Seele."

Lola schwieg. Hub dann abermals an:

„Auch meine Mutter hieß Maria . . ."

Sie atmete tief, und dies war tiefer als Seufzen. Und dann schwieg sie abermals lange. Gegen Mitternacht setzte sie sich iäh, lang auf, ihre Augen waren schreckensgroß, sie klammerte sich mit beiden Händen an Marias Arme.

„Mutter!" rief sie mit kurzem erschrockenem Wort, „ist er hier?"

„Ja, meine Tochter."

Lola begann zu zittern, wurde von Kälte geschüttelt. Entsetzen zerrte an ihrem Leib, an ihrem Gesicht, sie schrie immer wieder und wieder auf. Der Schauer griff auch auf Maria über: das Haus des Gehängten . . . Herr Jesus, sei uns gnädig, erbarme dich! . . . Sie schmiegten sich voll wahnsinniger Angst aneinander.

Es war schon heller Morgen, da Maria wachgerüttelt wurde. Lola stand vor ihr, ernste Ruhe auf dem harten Gesicht.

„Wach auf, Mutter," sprach sie, „wir haben viel zu tun."

Maria riß erstaunt die Augen auf; ist das die zarte Frau? Die sich nachts zitternd, kreischend an ihre Brust geschmiegt hat? Sie geht umher, handelt, spricht mit kalter, unerschütterlicher Sicherheit, wie ein Totenwächter. Verrät keinerlei Angst, verliert nicht die Besinnung, ist ganz Kraft und Härte.

Sie verfügten sich zu dem Toten. Entblößten seinen Leib. Dieser war lauter Blut und Schmutz.

„Mutter, gehen wir an die Arbeit," sagte Lola kurz.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404281-12/fragment/page=0002

der Strafkammer zu vielen Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil sie mit den Teilnehmern eines burschenschaftlichen Kommerses Landfriedensbruch angekreidet. Die Tagediebe aber, die in München Strumtrupp spielten, die „Münchener Post" demonstrierten, die Frau unseres Genossen Auer mißhandelten, in ihrer Wohnung die Schränke zerschlugen, das Geschirr zertrümmerten und die Wäsche durcheinanderwarfen, die schließlich die sozialistischen Stadträte aus der Magistratssitzung holten, sie teilweise aufs schwerste mißhandelten, mit Erschießung, Ertechen und Zertreten bedrohten, diese Tagediebe sollen nach dem Willen des Staatsanwalts mit Ehrenhaft prämiert werden. Warum? Weil sie unter dem Kommando Ludendorffs standen und weil sie nach Stresemann „verführte Nationalidealisten" darstellen. Selten ist in der letzten Zeit so kraß das zweierlei Recht in Erscheinung getreten als in dem Vergleich zwischen dem letzten Münchener Strafantrag und den Urteilen, die bisher gegen sozialistische Arbeiter gefällt wurden. Ludendorff steht an der Spitze der Reichsliste der völkischen Mörderpartei. Er ist der Bannerträger der Elemente, deren Schandtaten jetzt vor dem sogenannten Volksgericht abgeurteilt werden. Die Hölzleute in Mitteldeutschland und sogar die Rotgardisten während der Münchener Rätezeit haben nach einwandfreiem Zeugnis nicht so schlimm gehaust als die Ludendorff-Banditen am 8. und 9. November 1923. Die Hölz-Leute sind wie ihr Führer zu langjährigem Zuchthaus verurteilt. Die Ludendorffer von München aber sollen auf Festung, nach dem Willen des Staatsanwalts. Möglich, daß das „Volksgericht" sie aber ebenso freispricht wie den großen Verlierer des Weltkrieges. **Aber am 4. Mai kann das Volk wirklich Volksgericht halten über die Ludendorffer und die Rechtsprechung, die solche Urteile möglich macht.**

Aus Ludendorffs Milieu.

München, 26. April. (Eig. Drahtbericht.)

Der Minister des Innern, Schweyer, hat dieser Tage folgenden anonymen Brief erhalten:

„Geehrter Herr Schweinehund! Nachdem Sie Schwein es nicht für nötig halten, von Ihrer Stelle zu verschwinden, Sie katholisches Schwein, so werden wir nun die Mittel und Wege finden, Sie zu beseitigen. Wir haben schon andere Leute beseitigt, wie Sie volksparteiliches Schwein. Dein Getreuer."

Gleichzeitig hat auch Kultusminister Matt einen ähnlichen Brief erhalten mit folgendem Wortlaut:

„Geehrter Herr Sauhund und Saubayer! Nachdem Du Schwein, Du katholischer Volksparteiler, so gemein Dich benimmst, wirst Du die Konsequenzen tragen müssen. Euch wollen wir schon einheizen, Ihr volksparteilichen Sauhunde. Euren Feuerhaber (der Kardinal. D. Red.) werden wir auch noch heimleuchten. Deine Freunde."

Der Geist und die Ausdrucksweise dieser Briefe lassen unschwer erkennen, daß ihr Schreiber nur im völkischen Lager zu Hause sein kann, in jenem Lager, aus dem die Meuchelmörder eines Gareis, Erzberger und Rathenau gekommen sind. Ob die beiden Adressaten auch zu der Erkenntnis gekommen sind, daß sie mit diesen sie treffenden Meuchelmorddrohungen nur die Früchte ernten, für deren hemmungslose Aussaat in der bayerischen Ordnungszelle sie als Minister seit Jahren die Verantwortung tragen, erscheint allerdings mehr als zweifelhaft.

Massenaufgebot!

Jeder Genosse ein Agitator!

Die Parole des Wahlkampfes heißt: Massenaufgebot für die Wahlagitation! Jeder Parteigenosse hat folgenden Geboten zu folgen:

1. Wo du mit Kollegen zusammenkommst — im Betriebe, in der Bahn, auf dem Arbeitsweg —, dort wirb für deine Partei! Du wirst immer unverhoffte Unterstützung von Genossen finden!
2. Agitiere mit dem „Volksblatt" in der Hand! Gib es im Bekanntenkreis weiter!
3. Wenn in deinen Kreisen ein Gegner Wahldemagogie betreibt, so tritt ihm mit Festigkeit und Entschiedenheit entgegen — bedenke, daß du eine gute und gerechte Sache vertrittst!
4. Dulde nicht, daß deine Partei beschimpft wird! Weise energisch jeden zurück, der diesen Versuch unternimmt!
5. Dulde keine Beschimpfung der Republik!
6. Sage überall laut, daß du Sozialdemokrat bist, und warum du es bist!

Auf, an die Arbeit! Kein Genosse, keine Genossin darf säumig sein. Alle Hoffnungen der Reaktion, alle Hoffnungen der Arbeiterverführer von linksher müssen zuschanden werden.

Sozialdemokratischer Wiederaufbau in Norwegen.

In den Ländern, dessen Arbeiterbewegung durch Moskau völlig zersprengt und lahmgelegt wurde, gehört Norwegen. 1921 ging der größte Teil der Partei zu Moskau über. Es bildete sich die „Norwegische Arbeiterpartei", die im November 1923, als auf Moskaus Befehl die Absägung der bisherigen „Führergarnitur" erfolgen sollte, sich erneut spaltete in eine Kommunistenpartei mit Moskauer Segen, während die „Arbeiterpartei" zwischen Moskau und Hamburg sitzen blieb. Die der alten Sozialdemokratischen Partei treu gebliebenen Norweger aber haben seit 1921 nicht einen Tag geruht und konnten endlich, nach zwei Jahren, auf dem zu Ostern abgehaltenen Parteitag, eine Abrechnung vorlegen, deren Zahlen von einem glücklichen Wiederaufbau künden. Fast aus einem Nichts gelangte die Partei dazu, Januar 1922 wieder 200 Vereine mit 6500 Mitgliedern zu zählen, die bis Anfang 1924 auf 270 Vereine mit 9500 Mitgliedern gestiegen sind. Der der Sozialdemokratie angeschlossene Frauenverband („Kimerforbund") ging ebenfalls zu den Kommunisten über, ein neuer sozialdemokratischer mußte gegründet werden, der Ausgang 1923 doch schon wieder 49 Ortsvereine mit 1500 Mitgliedern zählte. Ebenfalls ging die Jugend zu Moskau über; 1922 wurde deshalb „Norwegens sozialdemokratischer Jugendverband" gegründet, der nun über zirka 4000 Mitglieder und eine Monatsschrift „Arbeiterjugend" mit einer Auflage von 9000 Exemplaren verfügt. Von der Presse blieben bei der Spaltung nur drei kleine Provinzzeitungen bei der alten Sozialdemokratie; nun verfügt sie wieder über 4 Tageblätter und 12 ein- bis dreimal in der Woche erscheinende Zeitungen. — Die der alten Sozialdemokratie treugebliebenen 8 Storting-Abgeordneten reichten der Regierung ein völliges Programm zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise ein und machten vor allem Vorschläge zur Arbeiter- und Seelengesetzgebung. Als das Ruhrgebiet besetzt wurde, stellten sie den Antrag, daß Norwegen aus dem Völkerbund austreten solle, bis aus einem Verband für die Zwecke der Kriegssieger ein wahrer Völkerbund mit Einschluß Deutschlands und Rußlands geworden sei. — Den Parlamentswahlen, die im Herbst dieses Jahres stattfinden, sieht die Partei mit guter Zuversicht entgegen.

Die Zahl der Arbeitslosen erfuhr in Sachsen seit dem 1. April eine weitere sehr wesentliche Verringerung. Während am 1. Dezember in Sachsen noch etwa 300 000 gezählt waren, werden jetzt nur noch 72 000 gezählt.

Wie wird das deutsche Volk befreit?

Eine Abfuhr für die Kriegshetzer von einem alten General.

Unter der Spitzmarke: „Befreiung" erteilt der General der Infanterie a. D. v. Deimling den Kriegshetzern folgende Lektion, die zu den Wahlen noch zur rechten Zeit kommt.

Können wir daran denken, jetzt oder in absehbarer Zeit einen Krieg mit irgendwelcher Aussicht auf Erfolg zu führen? Nein! Schon der Gedanke ist Wahnwitz. Denn wir haben ja keine Waffen! Deutschland ist entwaffnet. Die Entwaffnung ist als eine vollständige zu bezeichnen. An diesem Urteil ändert es nichts, wenn hier und da in der Zeitung steht, daß da oder dort noch versteckte Gewehre, Maschinengewehre, Revolver, Säbel gefunden worden seien. Eine hundertprozentige Leistung bei einer so großen Aktion, wie es Deutschlands Abrüstung war, gibt es überhaupt nicht. Aber mit Resten von Gewehren und Pistolen kann man heutzutage keinen Krieg führen und mit Tapferkeit und Begeisterung allein kann man nicht siegen. Sondern in einem modernen Krieg sind Technik und Chemie die Hauptsache, sie spielen eine geradezu entscheidende Rolle und sind fast wichtiger als die Soldaten.

Der nächste Krieg wird so anfangen, wie der letzte aufgehört hat: mit weittragenden Kanonen, mit Tanks und ganzen Geschwadern von Bombenflugzeugen mit Giftgasen. Alles das aber haben wir nicht mehr und können es auch nicht fabrizieren, denn auch unsere Rüstungsindustrie ist vernichtet und hat sich in Friedensbetriebe umgestellt.

Aber nicht nur das, sondern auch die Ausnutzung unserer wichtigsten Industrie- und Kohlengebiete an Ruhr und Rhein ist uns im Kriegsfall entzogen. Denn noch auf Jahre hinaus sind sie von Ententetruppen besetzt. Und wenn man Feindseligkeiten ins Auge faßt, die dann beginnen würden, wenn Franzosen und Belgier nach der vertragsmäßigen Räumung des Rheinlandes in ihre Grenzen zurückgekehrt sein werden, dann wird es die auf 150 Kilometer schießende schwere Artillerie den Franzosen und Belgiern ermöglichen das Rhein- und Ruhrgebiet in der umgekehrten Ausbehnung, wie sie es jetzt besetzt haben, unter Feuer zu halten. Aehnlich werden sich die Verhältnisse hinsichtlich der Industriegebiete Sachsens und Schlesiens gestalten, die sich unter dem schweren Geschützfeuer der polnischen und tschechoslowakischen Artillerie befinden würden.

Und dieses entwaffnete und kriegstechnisch lahmgelegte Deutschland, dem eine Reichswehr von nur 100 000 Mann verblieben ist, ist rings umgeben von Staaten, die in Waffen starren.

Frankreich kann im Kriegsfall 3½ Millionen Mann, seine Trabanten im Osten, die sog. „Kleine Entente" (Polen, Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien) können zusammen 3 Millionen Mann zur Einkreisung Deutschlands ins Feld stellen.

In technischer Hinsicht verfügen Frankreich und die Kleine Entente auf Grund der Erfahrungen des Weltkrieges in reicher Menge über schwere Artillerie, Tanks und Flugzeuge.

In der Luft wird Frankreich allein eine Flotte von 3400 Flugzeugen in 162 Jagdstaffeln, 96 Bombenstaffeln und 120 Aufklärungsabteilungen mobilisieren. Die Bombenstaffeln werden mit Giftbomben ausgerüstet sein, die zehnmal größer sind, als die größten der im Weltkrieg verwandten. Gegen ihr Gift schützt keine Gasmaske. Nicht einmal die Keller bieten Rettung, denn die Gase sind schwer, sie sinken zu Boden, dringen in die Tiefe und folgen den Abzugskanälen, unter der Erde, Quellen und Grundwasser werden vergiftet.

Was würde geschehen, wenn wirklich einmal der furor teutonicus losbräche? Wenige Stunden nachher würden Hunderte von feindlichen Flugzeugen sich gegen Berlin und andere deutsche Großstädte in Bewegung setzen, um sie mit Giftbomben anzugreifen. Minen würden auf fahrende Züge, auf Eisenbahnkunstbauten, auf Fabriken niederfallen und Handel und Wandel unterbinden. Die zu den Fahnen eilenden Mannschaften würden in ihren Sammelorten mit Fliegerbomben überschüttet und von tief fliegenden Giftfahrzeugen zusammengeschossen werden. Zu gleicher Zeit würden feindliche Kriegsschiffe unsere Küstenstädte, die keine Flotte mehr schützt, bombardieren. Den Fliegern würden die französischen Armeen über den Rhein folgen, während die Polen und Tschechoslowaken in Preußen und Schlesien einfallen würden. Der Krieg wäre aus, noch bevor er recht begonnen hätte. Aber auch mit dem Deutschen Reiche wäre es aus.

Nun gibt es auch Phantasten bei uns, die glauben, wir könnten mit russischer Hilfe einen Krieg führen. Es hat nämlich Kautenev, Lenins Nachfolger, unlängst in seiner Antrittsrede gesagt: „Eine Bewegung der französischen Truppen in das Innere Deutschlands würde die Grundlage des internationalen Gleichgewichts erschüttern, auf der sich die Sowjetrepublik aufbauen. Selbstverständlich hat die Sowjetrepublik Vorsichtsmaßregeln ergriffen. Daraus schließen nun Phantasten: Rußland kann aushalten und will uns helfen. Also verstehen wir die Franzosen vom deutschen Boden. Das ist aber, wie General der Infanterie v. Zwehl in einem neulich durch die Presse gegangenen Aufsatz nachwies, ein gefährlicher Trugschluß. Rußland hat heute im Frieden eine halbe Million Soldaten und im Kriege zwei Millionen, dabei von zweifelhafter Kriegstüchtigkeit, weil mangelhaft ausgerüstet. Dieses russische Heer würde gleich zu Anfang eines Krieges auf die französischen Vasallen Polen und Tschechoslowaken stoßen und würde von ihnen monatelang gefesselt werden. Denn beide zusammen haben ebenfalls zwei Millionen Soldaten, zwar auch nicht tadellos organisiert, aber unter französischer Aufsicht und mit französischem Geld doch jedenfalls besser vorbereitet, als bei der noch gar nicht festgefügten Sowjetrepublik. Also auch mit russischer Hilfe ist es auf irgend absehbare Zeit nichts.

So stehen die Dinge in Wirklichkeit. Es ist hart für einen alten General, es feststellen zu müssen, aber es ist die Wahrheit. Und nun frage ich alle, die mit im Kriege an der Front waren, ob sie glauben, daß wir jetzt oder in irgend absehbarer Zeit einen Rache- und Befreiungskrieg führen können. Ich bin gewiß, daß keiner, der noch seine fünf Sinne beieinander hat, die Frage bejahen wird. Mit „Pazifismus" hat das gar nichts zu tun. **Wenn die Hitlerleute „die deutschen Fahnen über den Rhein tragen" wollen, so liegt darin ja ein idealer Zug. Aber schon der Gedanke ist Wahnwitz, denn es wäre Selbstmord. Die deutsche Jugend ist zu schade zum wehrlosen Kanonenfutter für die Franzosen und ihre Giftbombem.** Das Vaterland braucht die Jugend zu seinem Wiederaufbau. **Der Wiederaufbau des Vaterlandes — das muß das Ideal der Jugend sein!**

Es sind falsche Propheten, die ihr den Rachekrieg predigen. Dieser Weg würde uns nur immer tiefer in die Abhängigkeit hinein und schließlich zum Untergang führen. **Nein! Wir müssen den anderen Weg zur Freiheit wählen: den Weg der Erfüllung unserer Vertragspflichten und der Verständigung mit den anderen Völkern.** Ohne Erfüllung und Verständigung können wir nicht wieder hochkommen. Hat doch der Weltkrieg mit seinen Folgen deutlich genug gezeigt, wie eng die Wirtschafts-, Handels-, Kultur- und sonstigen Lebensbeziehungen der europäischen Staaten ineinander verstrickt sind, und wie sie gewissermaßen einen einheitlichen Blutkreislauf bilden, dessen Abernetz von den Hebern, die ihm der Weltkrieg versetzt, noch nicht wiedergeheilt ist. So wie deutsche Kohle und französisches Erz aufeinander angewiesen sind, so sind auch mehr oder weniger alle Wirtschaften Europas miteinander durch natürliche wirtschaftliche Entwicklungen verbunden. **Kein Volk kann ohne das andern leben, keines kann sich ungestraft separieren oder eine Kirchturmpolitik treiben wollen.** Nur im Zusammenwirken aller liegt die Rettung. **Ein starker Völkerbund, dem auch Deutschland und Rußland angehören, muß die Parole sein!**

Wenn wir Deutschland befreien wollen, so dürfen wir nur eine Politik unterstützen, die auf Verständigung mit den andern Völkern und auf Erfüllung unserer Vertragspflichten gerichtet ist — auch dann, wenn damit die öffentlichen Lasten vorübergehend vermehrt werden.

Soweit Deimling. — **Die Partei der Verständigung und des Wiederaufbaues ist die Sozialdemokratie.** Darum wählt und werbt im hallischen Bezirk für die **Liste Lunert-Krüger.**

Wirtschaftspolitik.

Die Mark in Neuyork.

Markbewertung in der Neuyorker Schluß- und Nachbörse 23 Geld, 23¼ Brief. Dollarparität 4,32 Billionen.

Aus aller Welt.

Großfeuer bei der GEG.

Hamburg, 28. April. (Eig. Drahtbericht.)

In den im Hamburger Hafengebiet gelegenen großen Möbelfabriken des Kaufhauses Karstadt und den angrenzenden Crown-Cord-Werken und im Lagerhaus der **Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine** brach am Sonnabendvormittag Großfeuer aus. Besondere Gefahr entstand dadurch, daß das Feuer auf ein auf der gegenüberliegenden Wasserseite befindliches vierstöckiges Benzin- und Benzollagerhaus überzuspringen drohte. Es wurden deshalb außer sechs Feuerlöschzügen auch Feuerlöschboote eingesetzt. Trotzdem nahm das Feuer schnell eine ungeheure Ausdehnung an. Ein großes Lager von Möbeln aller Art, Stoffen usw. gab dem Feuer reichlich Nahrung. Doch gelang es der Feuerwehr schließlich, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. **Riesige Mengen an Lebensmitteln der Großeinkaufsgesellschaft sind in der Hauptsache durch Wasserschaden vernichtet worden.** Der in die Millionen gehende Schaden ist durch wertbeständige Versicherung voll gedeckt.

Ein Elektrizitätswerk eingeäschert.

Saarbrücken, 28. April.

Durch ein Großfeuer wurde das Elektrizitätswerk des Kreises Saarlouis vernichtet. Der Schaden beträgt etwa 1 Million Franken, da auch die wertvollen Maschinen zerstört sind. Der Strombezug von auswärts ist gesichert, so daß die industriellen Betriebe weiterarbeiten können. Der Brand soll durch Selbstentzündung eines Behälters mit Oel entstanden sein. Innerhalb kurzer Zeit ist dies das zweite Brandunglück in Saarlouis. Vor einigen Monaten brannte der größte Teil einer von französischen Truppen besetzten Kaserne nieder.

Brennender Dampfer.

Adelaide, 28. April. (WTB.)

Der britische Handelsdampfer „City of Singapore" ist gestern abend im Hafen von Adelaide in Brand geraten. Hafenpolizei war mit dem Löschen des Brandes beschäftigt, als plötzlich zwei heftige Explosionen erfolgten, durch die drei Personen getötet und 11 schwer verletzt wurden. Zahlreiche andere Personen erlitten leichte Verletzungen.

Trauerfeier für die Opfer von Bellinzona.

Zürich, 28. April. (WTB.)

Heute nachmittag soll hier eine Trauerfeier für die hier aufgebahrten Leichen der in Bellinzona verunglückten Deutschen veranstaltet werden. Die Leichen Helfferichs und seiner Mutter werden dann morgen früh nach Mannheim übergeführt, wo am Mittwochnachmittag 4 Uhr die Einäscherung stattfindet.

Unfall eines Luftexpreß.

London, 26. April.

Ein Luftexpreß, mit zwei holländischen Passagieren an Bord, der gestern von Croydon nach Holland abflog, wurde seitdem vermißt und heute im englischen Kanal durch Flugzeuge und Patrouillenschiffe gesucht. Nachdem das Flugzeug Croydon verlassen hatte, landete es in Lymne, um einige Waren aufzunehmen, und setzte darauf seine Fahrt fort. Der Führer des Flugzeuges hat seit drei Jahren in dem Dienst zwischen England und Holland gestanden und kennt die Route genau. Nach langem Suchen ist das Flugzeug an der englischen Küste ohne Führer und Passagiere gefunden worden. Da der Apparat nicht gesunken war, nimmt man an, daß die Insassen von einem Schiff aufgenommen worden sind.

Paris, 26. April.

Bei Istres ist ein französisches Militärflugzeug bei einem Versuchsflug in Flammen abgestürzt. Die beiden Insassen wurden verkohlt aufgefunden.

Wahlkampf mit dem Revolver. Nach dem „Temps" ist es Freitag abend bei einer Wahlversammlung der republikanisch-demokratischen Union in Marseille zu einer Schießerei gekommen. Einige Personen wurden verletzt.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: Gottl. Kasparek; für Provinzielles: Alfred Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G.m.b.H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e.G.m.b.H., Halle, Harz 42/44.

Wie ein Wunder wirkt San.-Rat Dr. Strahls Hausmittel bei Hautausschlag, Hautjucken, Flechten, besonders bei Beinschäden und Krampfadern der Frauen, sowie bei allen schwer heilenden Wunden. Diese, seit fast 100 Jahren gebrauchte, aus den edelsten Materialien hergestellte Salbencreme wirkt desinfizierend, kühlend und heilend und sollte daher in keinem Haushalte fehlen. Originaldosen zu Mark 1,25, 2,50 und 4,50 „Elefanten-Apotheke" Berlin SW 19, Leipziger Str. 74. Depots: Halle a. d. S. Viktoria-Apotheke, Gr. Steinstr. 32; Engel-Apotheke, Kleinschmieden 6. 6355

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404281-12/fragment/page=0003

Wir zeigen hiermit an, daß wir am **Montag, dem 28. April 1924** Geiststraße 5, erste Etage unsere erstklassig ausgestatteten

AUSSTELLUNGS-RÄUME

eröffnen.

Interessenten laden wir zur zwanglosen Besichtigung ein.

SCHRÖDER & FÖRSTER

Büro-Einrichtungs-Gesellschaft

Berlin-Charlottenburg Wilmersdorfer Str.-Ecke, Goethestraße 41 — Halle an der Saale Geiststraße 51 Telefon 9161.

6888

Nur noch drei Tage!

Mittwoch, den 30. April:

Großer Abschieds- u. Ehrenabend

der Leipziger 6914

Seidel-Sänger

Eilen Sie! Versäumen Sie nicht! Eilen Sie!

Hierzu der große Filmteil:

Viola Dana

in dem Schauspiel in 5 Akten

Eine Zwangsehe

Walhalla-Lichtsp.-Theater

Fernruf 1224

Wohnungen

Wir stellen dieses Jahr noch fertig:

1. 3—7 Zimm. Wohnungen, die nicht dem Wohnungsamt unterl, m. freier Aussicht.
2. Werkswohnungen.
3. Abtsl. Wohnflächen f. Büros usw. nach den Bestimmung. des Wohnungsamtes.
4. 2—3 Zimm. Wohnung. f. vorgemerkte Wohnungsbewerber.

Bedingung: Aufbringen einer erststellig. Hypothek von 2500—4000 Mk. für kleinere Wohnungen; für größere Wohnungen entspr. mehr. Anmeldungen baldmöglichst erbeten an 6882

Kleinwohnungsbau Halle A.-G.

Mühlweg 22 Fernspr. 2481

Aufforderung

zur Einreichung von Vorschlagslisten für die Bildung des endgültigen **Verwaltungsausschusses** für den öffentlichen Arbeitsnachweis des Zweckverbandes Leuna.

Die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden hiermit aufgefordert zwecks Bildung des endgültigen Verwaltungsausschusses für den Arbeitsnachweis des Zweckverbandes Leuna Vorschlagslisten für die Bestellung von je 3 Beisitzern samt Stellvertretern bis zum Sonnabend, den 10. Mai 1924, vormittags 12 Uhr, bei dem Vorsitzenden des Zweckverbandes Leuna in Leuna-Werke einzureichen. Die näheren Bestimmungen sind aus dem öffentlichen Anschlage am Verwaltungsgebäude des Zweckverbandes Leuna in Leuna-Werke zu entnehmen

Leuna-Werke, den 26. April 1924.

Der Vorsitzende des Zweckverbandes Leuna
Cornely.

6907

Der Bismarck-Film

Der eiserne Kanzler.

Kolossal-Gemälde in sechs Akten.

Erstaufführung morgen, Dienstag, nachm. 4 Uhr 6915

C.-T.-Lichtspiele am Riebeckplatz

Schulen und Vereine, welche Sonder-Vorstellungen wünschen, wollen sich sofort mit uns in Verbindung setzen. Telefon 6183

Kartenvorverkauf an der Theaterkasse.

Leipziger Str. 88 Fernruf 1224 — **U.T** — **Alte Promenade 11a** Fernruf 1224

In den beiden Ufa-Theatern der beispiellose Erfolg!

Lya Mara
Erich Kaiser-Titz
in der Komödie in 5 Akten
Nelly die Braut ohne Mann

Auf den Spuren des Wolfes!
Wildwest-Film in 2 Akten.

Deulig-Woche. Aktuell

Mady Christians
Harry Liedtke
in dem Schauspiel in 6 Akten
Die Finanzen des Grossherzogs!
Nach dem Roman von Frank Heller.

Dresden!
Naturaufnahme.

Beginn 4 Uhr. 6918

Inserate haben im **Volksblatt** stets Erfolg!

Darum inseriere!

„Volksblatt"

Mac Donald

Die auswärtige Politik der englischen Arbeiter-Partei

Preis 30 Pfg.

Buchhandlung

Sämereien

Jetzt sät man:

Bohnenkraut, Majoran, Petersilie, Schwarzwurzel, Sellerie, sämtliche Kohlarten, Rote Rüben, Karotten, Möhren, Radies, Rettich, Salat und Zwiebeln, Porree, Spinat, Erbsen Blumensämereien aller Art

Düngemittel

Runkeln, Klee, Gras für Garten und Feld, Blumenzwiebeln und Saatkartoffeln, Bast, Ungeziefervertilgungsmittel, Gießkannen und Kleingartensämaschinen, Gartenwerkzeuge

Preisliste umsonst!

Erfurter Samenhandlung

Wilhelm Grell Marktplatz 16 neben Hirschapotheke

Arbeitsmarkt

Erste Mamsell, Bei-Mamsell Kaffee-Mamsell, 2 Mädchen

für Küche und Haus werden sofort gesucht

Kurhaus Bad Wittekind und Gastwirtschaft Zoologischer Garten

Paul Fischenge. 6912

Junger Mann

zum Verkauf von Ansichtskarten usw gesucht 6919

Volkspark, Burgstr. 27

Stadt-Theater.

Dienstag, abends 7½ Uhr: **Waffenschmied**

Mittwoch: **Paul Wegener** in **„Totentanz"**

Der Wunderbrunnen

Wunder-Waschbär-Kragen!

Kl. Berlin 2, 1 Tr. Geiststr. 17, Laden

Ich bin zum

NOTAR

ernannt.

Dr. Julius Fackenheim,
Rechtsanwalt.

Halle a. S., Gr. Steinstraße 12 - Fernruf 6088

6911

Kleine Anzeigen haben hier grossen Erfolg!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404281-12/fragment/page=0004

Sozialistische Gemeindepolitik in Halle.

Rückblick und Ausblick.

Die am 2. März 1919 stattgefundenen Wahlen zum Stadtparlament brachten der Linken eine knappe Mehrheit von zwei Mandaten (34 zu 32 bürgerlichen Sitzen). Die kleine Gruppe von Sozialdemokraten hatte damit die entscheidende Stellung bei Abstimmungen erhalten. Diese Mehrheit der Linken zu beseitigen, war der Zweck eines Einspruches von bürgerlicher Seite. Dieser Zweck wurde erreicht und die Versammlung sofort wieder aufgelöst. Die Neuwahlen brachten das Ergebnis einer Teilung der Mandate zu je 33 bürgerlichen und sozialistischen. Dieses Ergebnis war die Frucht einer Sonderliste der Gewerbeschädigten, die zwar kein Mandat erhielt, aber die für die Linke abgegebenen Stimmen schwächte. Mit dieser unerwarteten bürgerlichen Zusammensetzung hat also die Linke unter dem bürgerlichen Vorsteher fast 5 lange Jahre zu arbeiten und zu kämpfen gehabt. Diese Arbeit litt lange Zeit noch unter der Nachwirkung

Zersplitterung der Arbeiterklasse

und ihrer gegenseitigen Bekämpfung. Während die bürgerlichen Fraktionen fast immer zusammenstanden, war das Arbeiten auf der Linken oft durch den gegenseitigen politischen Kampf gehemmt. Trotzdem fand sich die Fraktion in allen grundsätzlichen Fragen immer an der Seite der Vertreter der KPD. Gedankt ist ihr das von dieser Seite nicht. Soweit die kommunistischen Vertreter wirklich einmal praktische Arbeit leisten wollten, fanden sie die Unterstützung unserer Fraktion. Leider muß man aber konstatieren, daß diese Arbeitervertreter wenig Sinn für praktische Arbeit zeigten und oft nicht im Interesse der Arbeiterschaft wirkten. Mit ihnen verbindet die sozialdemokratische Fraktion trotzdem das gleiche Klasseninteresse, trotzdem ist aber

unsere Kommunalpolitik von der der Kommunisten grundverschieden.

Die Kommunisten treiben, wie in Reich und Staat, auch in der Gemeinde keine eigentliche Politik, sondern fast nur reine Negation. Sie wissen nicht recht, was sie eigentlich wollen und sind jederzeit zur praktischen Aufbauarbeit. Ihre Tätigkeit ist zu sehr darauf eingestellt, das Agitationsbedürfnis zu befriedigen, sie läßt vielfach jeden Sinn für die reale Wirklichkeit vermissen. Die Kommunalpolitik ist begrenzt durch Reichs- und Landesgesetze. Das berührt aber die Vertreter der Kommunistischen Partei nicht. Sie stellen Forderungen, unbekümmert darum, ob für ihre Durchführung in der Gemeinde die gesetzlichen Unterlagen vorhanden sind. Häufig haben die Kommunisten einfach weitergehende Forderungen beantragt, als die sozialdemokratische Fraktion es bereits getan hatte. Dabei halten sie es besonders für nötig, die Sozialdemokratie auch von der Tribüne der Stadtverordnetenversammlung zu bekämpfen. Eine derartige kommunalpolitische Tätigkeit entspricht nicht dem Interesse der Arbeiterschaft. Mit radikalen Redensarten ist dieser allein nicht gedient. **Die sozialdemokratische Fraktion versuchte auf dem Wege zur sozialistischen Gemeinwirtschaft bereits jetzt soviel wie möglich im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung durchzusetzen.** Damit sind die Interessen des Proletariats besser gewahrt als mit einer Politik, die kein positives Ergebnis aufweisen kann.

Ein besonderes Kapitel war die Zusammenarbeit der Kommunisten mit der Tribüne. Die von der KPD. gewählten und z. T. wohl auch veranlaßten Radauszenen auf der Tribüne wurden schließlich so unerträglich, daß sich die Mehrheit der Kollegiums genötigt sah, dem radikal abzuhelfen. Mit der Einführung von Tribünenkarten scheint endlich dem unwürdigen Spiel abgeholfen worden zu sein.

Oefter als mit den Kommunisten hatten wir uns aber, wie das ist unserem sozialistischen Programm ja auch nicht anders sein kann, mit der bürgerlichen Seite auseinanderzusetzen. Die Parteien waren hierbei allerdings milder, der Kampf sachlich jedoch schärfer als nach links.

Dies zeigte sich besonders, als die Frage zu entscheiden war, wie die

städtischen Landgüter

künftig zu bewirtschaften seien. Mit allen demagogischen Kniffen hat hier die bürgerliche Seite, die Waffe der Doppelstimme des Vorstehers in der Hand, ihren Willen durchgesetzt und die Interessen der Stadt zugunsten der freien Agrarwirtschaft verschachert. Die damalige Begründung der Unmöglichkeit der Geldbeschaffung mutet uns heute deswegen recht eigenartig an, da gerade zu dieser Zeit die Stadtverwaltung dazu überging, sich die notwendigen Subsistenzmittel auf dem Wege der Inflation durch Herausgabe von Notgeld — zu beschaffen. **Heute kann man mit gutem Gewissen behaupten, daß die Stadt die Eigenwirtschaftung vom Gut Seeben für ein Butterbrot gehabt hätte.** Aber der Beweis der erfolgreichen Eigenwirtschaft durfte eben nicht geführt werden, deshalb mußte auch diese Riesendummheit gemacht werden.

Von den bürgerlichen Sondergruppen wird im Wahlkampf der alte Ruf ertönen:

„Politik gehört nicht ins Rathaus!"

Nichts ist irreführender als solche Schlagwörter. In den Hauptfragen entscheidet auch in der Gemeinde die politische Einstellung des einzelnen. Die großen Steuerfragen, die Fragen der Jugenderziehung, der Schule und viele andere mehr, können nur im Sinne einer politischen Weltanschauung beantwortet werden. Politik ist auch immer in den Stadtverordnetenversammlungen betrieben worden, aber Politik im Interesse der verschiedenen Klassen des Geldbeutels und der Kirchturmspolitiker. Auch im Stadtparlament prallen die Klassengegensätze hart aufeinander, und nur zu oft scheiden sich — besonders bei wirtschaftlichen Fragen — die Geister in zwei Lager: **auf der einen Seite die Vertreter des Proletariats, der sozialistischen Wirtschaftsordnung, auf der anderen die Beschützer des Kapitals, die Anhänger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.**

Auch der Magistrat hat uns unsere Arbeit nicht eben erleichtert. Oft, fast immer war er bereit, sich den bürgerlichen Stimmen zu beugen, sehr selten aber gab er Anregungen von der linken Seite. Wenn trotzdem unsere Fraktion nie von der praktischen Einstellung abgewichen ist und sich nur von sachlichen Erwägungen leiten ließ, so ist das sicher ein Zeichen von verantwortungsvoller Politik der Fraktion.

Namentlich im letzten Jahre erkannte man immer deutlicher, daß der Magistrat von den Wahlen eine andere Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung erwartete — mit dem Ausschlag nach der bürgerlichen Seite hin — und seine Politik auf Sicht darauf einstellte. So z. B. bei der Tarifpolitik der Werke und der Straßenbahn. Wie anders wäre seine Hartnäckigkeit in dem Festhalten an der Dunkelkammerpolitik zu erklären? — Die Frage der

Uebereignung der städtischen Werke

an Gesellschaften in kapitalistischer Form wird sicherlich in den kommenden Jahren eine große Rolle spielen. Bisher hat der entschiedene Widerspruch unserer Fraktion diese Absichten verhindert, wir müssen aber weiter auf dem Posten sein, um hier nicht die Zerstörungspolitik Fuß fassen zu lassen.

Die Frage der Bereitstellung von Bauland zum Wohnungsbau hat die Stadtverordneten in letzter Zeit oftmals beschäftigt. Die Unmöglichkeit der Beschaffung von Bauland aus privater Hand hat unseren wertvollsten Grundbesitz an ausgebauten Straßen bedenklich geschmälert. Wir haben oftmals gefordert, daß endlich mit der Enteignung von Privatbesitz angefangen werde; bisher vergeblich! Auch hier scheint zuzutreffen was wir vorher bezüglich der Zukunftspolitik des Magistrats sagten.

Auf die Kulturpolitik werden wir noch in einem besonderen Artikel eingehen. Eins aber erscheint wert, vorweggenommen zu werden, nämlich die Frage der Stellung der Stadt den Kirchengemeinden gegenüber. Die Stadt ist Patron verschiedener Kirchen und demgemäß für den Unterhalt dieser Kirchen verpflichtet. Trotz dieser uns immer entgegengehaltenen Pflicht haben wir den Kirchenetat abgelehnt und uns auf unser Programm — Religion ist Privatsache — gestützt, oftmals haben wir die Ablösung dieser lästigen Patronatspflichten verlangt, selbst wenn Opfer gebracht werden müssen, aber jedesmal vergeblich. Wir werden weiter, wenn dies nicht geschieht, unsere Zustimmung zu diesem Etatsposten ablehnen müssen.

Die Stellung unserer Fraktion zu den **städtischen Arbeitern, Angestellten und Beamten** war immer klar und eindeutig. Namentlich in der Frage der Gruppierung der Beamten ist von unseren Vertretern das Menschenmögliche getan worden. Auch in der Frage des Arbeiterrechtes haben unsere Vertreter nie versagt, wenn auch, da die Angelegenheiten reine Verwaltungssachen sind, unsere Stellung nicht immer leicht war. Wo in den städtischen Deputationen Vertreter der Arbeiter sitzen, sind sie auf Veranlassung unserer Fraktion drin. Sie haben dort das Recht, zu allen Fragen Stellung zu nehmen. Allerdings war es uns nicht möglich, ihnen auch Beschlußrechte zu verschaffen. Sicher werden aber diese Rechte mit der Zeit abgebaut werden, wenn die Arbeiterschaft oder ihre Vertreter nicht die Mehrheit im neuen Stadtparlament erhalten.

Das **Armen- und Fürsorgewesen** hat der Stadt gerade in den letzten 5 Jahren ungeheure Opfer auferlegt. Das Los dieser vom Glück Enterbten hat uns immer besonders nahe gelegen, und wir waren bereit, auch die schwersten Opfer zu bringen. Leider läßt sich gerade hier kaum viel über den gesetzlichen Rahmen hinaus tun, wenn auch unsere linken Brüder immer das Gegenteil behaupten und uns für unsere Haltung maßlos beschimpften. Ihnen ist ja eingestandenermaßen jedes Parlament nur Agitations- und Kampfboden für die KPD. Die Verantwortung zu übernehmen, lehnen sie aus Prinzip ab. Nur dort, wo ihnen zufällig mal die Mehrheit zugefallen ist, können sie anders. Dort sitzen sie sich an den harten Tatsachen die Nasen ein und müssen notgedrungen dieselbe Politik machen wie wir sonst überall.

Die neue Stadtverordnetenversammlung

wird wesentlich anders aussehen als die alte. Schon jetzt läßt sich voraussehen, daß kaum die Hälfte der jetzigen Mitglieder wiedergewählt wird. Schon jetzt läßt sich aber auch erkennen, daß dem Magistrat graust ob des spießerhaften Aussehens der rechten Seite. Konnte man die Einstellung der einzelnen in der alten Versammlung fast sicher ihrer Parteizugehörigkeit nach vorher erkennen, wird das in Zukunft wesentlich anders sein. Die Spießer der rechten Seite werden als höchste Instanz nur ihren Geldsack oder ihren Auftraggeber anerkennen. Irgendeiner Partei brauchen sie keinen Gehorsam entgegenzubringen. Deshalb hat allein die Linke zuverlässige Vertreter, und von dieser wieder nur die USPD. **Jede der KPD gegebene Stimme geht für die praktische Arbeit verloren** — sie wird von Moskau kontrolliert und verwendet nach den Interessen der russischen KPD.

Und deshalb ist es Pflicht der Wähler, wenn sie ernsthafte und fruchtbringende Gemeindepolitik wollen, sich die Leute anzusehen, die sich um die Mandate bewerben. Wie traß z. B. die nackte Interessenpolitik von Ausschlag für die Listeneinreichung ist, beweist die Sonderliste der Hausbesitzer. Sie können es nicht verstehen, daß die früheren Zustände endgültig vorbei sind mit der Besitzung des Dreiklassenwahlrechts. Wenn diese heute wieder ausschlaggebend für die Gemeindepolitik werden sollten, dann: ade, Mieterschutz. Was an ihnen liegt, die letzten Reste der Wohnungsbewirtschaftung zu beseitigen, werden sie tun.

Deshalb überlegt Euch, Wähler, was Ihr am 4. Mai tut! An Euch liegt es, wie die Zusammensetzung der Gemeindevertretung aussehen wird.

Wollt Ihr eine zielklare, auf das Gemeinwohl und nicht auf Sonderinteressen bedachte Stadtverordnetenversammlung, **dann gibt es für Euch nur die eine Liste der USPD., die Liste**

Undeutsch-Dürrfeld-Reiwand.

Wann und wo wird gewählt?

Entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen findet in Halle die Reichstagswahl und Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am kommenden Sonntag **von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags statt.** In der Sonnabendausgabe des „Volksblatt" haben wir eine amtliche Bekanntmachung des Magistrats veröffentlicht, aus der die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Namen der Wahlvorsteher und deren Stellvertreter sowie die Wahllokale, in denen jeder zu wählen hat, ersichtlich ist. Wir empfehlen allen Wählern und Wählerinnen, sich die Bekanntmachung bis zum Wahltage aufzubewahren.

Die neue Miete.

Die neue Verordnung über die Mietzinsbildung in Preußen vom 17. April 1924 ist erlassen auf Grund der dritten Steuernotverordnung, durch die die Länder ermächtigt werden, die Mietzinsbildung abweichend von den Vorschriften des Reichsmietengesetzes zu regeln. Durch sie werden die preußischen Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz vom 5. August 1923 aufgehoben.

Nach der neuen Verordnung wird die **gesetzliche Miete** aus Hundertsätzen der Friedensmiete bestehen, die für Verwaltungs- und Betriebskosten und für die Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten durch besondere Erlasse festgesetzt werden. Der Begriff der Grundmiete des RMG. ist damit beseitigt, der Begriff der Betriebskosten ist aus den alten Ausführungsbestimmungen übernommen. Bei der **Berechnung der gesetzlichen Miete** ist von dem Mietzins auszugehen, der für die mit dem 1. Juli 1914 beginnende Zeit vereinbar war (Friedensmiete). Die vereinbarte Friedensmiete ist unter gewissen Voraussetzungen neu festzusetzen. Die Verordnung gibt in dieser Hinsicht ein vereinfachtes Verfahren, indem die Gemeindebehörden für Nebenleistungen und Verpflichtungen, die der Vermieter oder Mieter vor dem 1. Juli 1914 vertraglich oder ortsüblich übernommen hatte und die auf die Festsetzung der Höhe des Mietzinses von Einfluß waren, einen Hundertsatz der Friedensmiete allgemein bestimmen können. Nebenleistungen sind, wie bisher, neben der gesetzlichen Miete zu berechnen und von der Friedensmiete in Abzug zu bringen. Neu ist in dieser Beziehung die Bestimmung, daß für die Heizstoffe für Sammelheizungen nicht mehr 9 Prozent, sondern 7 Prozent von der Friedensmiete abzuziehen sind.

Nach der Verordnung hat der Mieter das Recht, auch in Zukunft die **Schönheitsreparaturen** in seinen Mieträumen auszuführen, wenn er bisher auf Grund ausdrücklicher oder stillschweigender Vereinbarung oder nach Ortsgebrauch eine Verpflichtung dazu übernommen hatte. Als Entschädigung hierfür kann er den in der gesetzlichen Miete enthaltenen Hundertsatz für laufende Instandsetzungsarbeiten um einen entsprechenden, vom Wohlfahrtsminister bekanntgegebenen Hundertsatz der Friedensmiete kürzen. Kommt der Mieter seiner Verpflichtung zur Ausführung der Schönheitsreparaturen trotzdem nicht nach, so kann der Vermieter, unbeschadet weitergehender Ansprüche, diese Arbeiten wieder selbst ausführen lassen und verlangen, daß der Mieter vom nächsten Zahlungstermin an den vollen, für laufende Instandsetzungsarbeiten bestimmten Teil der Miete zahlt. Der Vermieter hat wie bisher in der Zeit vom 1. bis 10. Februar und vom 1. bis 10. August jedes Jahres der Mietervertretung oder, wenn eine solche nicht besteht, den Mietern auf Verlangen **die Verwendung der Gelder für laufende Instandsetzungsarbeiten** nachzuweisen. Erfüllt er diese Verpflichtung nicht, oder befindet er sich mit der Ausführung notwendiger laufender Instandsetzungsarbeiten im Verzuge, so hat auf Antrag der Mietervertretung oder eines Mieters die Gemeindebehörde festzustellen, ob laufende Instandsetzungsarbeiten notwendig sind und gegebenenfalls das zur Ausführung solcher Arbeiten Erforderliche zu veranlassen. Die Verordnung gibt der Gemeindebehörde eine Reihe von Möglichkeiten an die Hand, um den Vermieter zu zwingen, die notwendigen laufenden Instandsetzungsarbeiten mit den ihm in den Mieten für solche Arbeiten zufließenden Mitteln auszuführen. Bezüglich der großen Instandsetzungsarbeiten ist es im wesentlichen bei den Bestimmungen der Verordnung vom 4. August 1923 verblieben. Etwaige Mittel für große Instandsetzungsarbeiten sind, soweit sie auf ein Hauskonto eingezahlt sind, dem Vermieter auf sein Verlangen herauszugeben. Einer Zustimmung der Mieter oder der Mietervertretung bedarf es nicht. Mittel, die auf einen Ausgleichsfonds eingezahlt sind, sind von der Gemeindebehörde für die gedachten Zwecke zu verwenden. In den Fällen, in denen durch Beschluß des Mieteinigungsamtes die Sammelheizung oder Warmwasserversorgung oder beide ganz oder teilweise eingestellt sind, kann das Mieteinigungsamt auf Antrag des Vermieters oder eines Mieters die Wiederinbetriebsetzung ganz oder teilweise anordnen und über die Kosten der Wiederinbetriebsetzung entscheiden.

Die Untermiete ist in der Weise zu berechnen, daß zunächst der Gesamtbetrag der gesetzlichen Miete festzustellen ist, die der Untermieter selbst für den leeren Raum zahlt. Hierzu sind Vorschläge für die Ueberlassung von Einrichtungsgegenständen, Beleuchtung, Heizung, Bedienung, Hergabe von Wäsche usw. nach näherer Anordnung der Gemeindebehörde zu zählen.

Wer gefährdet die Rentenmark?

Die Papier- und anderen Wucherer!

Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, bei jeder noch so bescheidenen Lohnforderung erhebt sich im gesamten bürgerlichen Lager ein großes Geschrei darüber, daß die unersättlichen Arbeiter gar nicht bedächten, daß jede Erhöhung ihres Einkommens eine Verteuerung des Lebens der Nation bedeute und unzweifelhaft der Anlaß sein müßte, unsere erst mühsam zum Halten gebrachte Währung ins Rutschen zu bringen und eine neue Inflation herbeizuführen. O, diese Heuchler! Daß wir es jeden Tag erleben müssen, wie bald dieser, bald jener Artikel im Preise steigt und das Leben verteuert, das verursacht natürlich kein Gleiten der Währung! So stieg in den letzten Tagen die Butter des armen Mannes, die Margarine, um 6 bis 10 Pf. das Pfund, und kein bürgerliches Blatt hat sich darüber aufgeregt.

In wie frivoler Weise aber oft Preiserhöhungen zustande kommen, das lehrt die Preisbewegung des Papiers. Im Februar und März hatte dieses seinen tiefsten Stand erreicht, und zwar mit etwa 25 bis 50 Prozent über Friedenspreis. Es setzte nun eine blühende Konjunktur im Druckgewerbe ein und schnell erhöhten die Papierfabriken ihre Preise am 1. April um 10 Prozent. Grund: man habe bis jetzt mit Verlusten verkauft! Wer soll da nicht lachen? Aber der Appetit kam mit dem Essen! Als man sah, daß trotzdem die Aufträge weitergingen, gab man bekannt, daß ab 15. April eine neue Erhöhung um 25 Prozent eintreten werde. Aber schließlich traute man sich doch nicht so schnell an eine neue Erhöhung und die „Zeitschrift", das Organ der Druckereibesitzer, jubelte, daß es mit der Erhöhung nichts werde. Indessen hat man aber der verehrlichen Kundschaft schon wissen lassen, daß ab 1. Mai bestimmt eine beträchtliche Erhöhung eintreten werde. Und der Grund dazu? Die Papiergroßhändler geben es offen zu: die Papierfabriken sind mit Arbeit überbeschäftigt und glauben nun die Preise diktieren zu können. Aber die Währung wird natürlich nur durch Lohnforderungen der Arbeiter gefährdet!

Dr. Rud. Hilferding

Reichsfinanzminister a. D. spricht Dienstag 29. April, abds. 8 Uhr, im Thaliasaal in öffentl. Wählerversammlung der VSPD.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404281-12/fragment/page=0005

Mieter, merke auf!

Welche Partei wählst du?

Diese Frage ist von höchster Wichtigkeit für jeden Mieter, dem das Wohl seiner Familie am Herzen liegt, der getrost der Zukunft ins Auge sehen und der seinen sauer verdienten Lohn nicht zum größten Teile seinem Hauswirt geben will, während seine Familie hungert.

Die kommenden Wahlen sind wohl die wichtigsten und bedeutungsvollsten aller bisherigen Wahlen, und zwar nicht nur in bezug auf die äußere Politik, die Reparationslasten, und die innere Politik, sondern auch in bezug auf die Wohnungspolitik. Schon seit Jahren ertönen von seiten der Hausbesitzer die Rufe nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen. Man verlangt also, daß jeder Hauswirt seinem Mieter kündigen kann, wann es ihm beliebt, daß der Hauswirt Miete verlangen kann, so hoch, wie er will. Was das bei der jetzt herrschenden Wohnungsnot bedeutet, wird sich jeder Mieter selbst ausmalen können, der seinen Hauswirt in den letzten Jahren zur Genüge kennengelernt. Tausende und aber Tausende Mieter würden **mit ihren Familien rücksichtslos auf die Straße gesetzt werden.** Denn wie oft haben die Mieter schon die liebenswürdige Drohung ihres Hauswirts hören müssen: „Sie sind der erste, der fliegt, wenn die Zwangswirtschaft einmal aufgehoben wird." Der Mieter, ganz gleich, welcher Partei er sonst angehört, steht vor einer folgenschweren Entscheidung. Mit dem Wahlzettel in der Hand besiegelt er sein Geschick. Welche Partei hat er daher zu wählen, um sich seine Wohnung zu erhalten, um nicht zu gewärtigen, daß er auf Gnade und Ungnade dem Hauswirt ausgeliefert wird? Daß er nicht nur für die Miete, für den Hauswirt zu arbeiten braucht? Diese Frage ist nicht schwer zu beantworten. Der Deutsche Mieterbund hat zu den kommenden Wahlen folgende Mindestforderungen aufgestellt:

1. Jede steuerliche Belastung nach dem Maßstab des Mietzinses ist unbedingt abzulehnen.
2. Die Aufwertung von Hypothekenkapitalien darf nur in gleichem Maß erfolgen wie die Aufwertung von Sparkassengutaben und Reichsanleihen.
3. Der Mietzins darf nur zugunsten der Wohnungswirtschaft selbst erhöht werden.
4. Grund und Boden und Gebäude müssen der privaten Spekulation entzogen werden.
5. Eine Steigerung der Grund- und Hausrents zugunsten der bisherigen Nutznießer ist unbedingt abzulehnen.
6. Die Raummuter sind gegen willkürliche Kündigungen mindestens in dem bisherigen Maße zu schützen.

Diese Forderungen sind von der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei bedingungslos anerkannt worden. Darum, Mieter, wähle die

Liste der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei!

* **Der Maiumzug verboten.** Amtlich wird uns mitgeteilt: Der vom Gewerkschaftskartell, unterzeichnet Grabow, für den ersten Mai geplante Demonstrationszug ist auf Grund der Ausnahmebestimmungen vom Regierungspräsidenten als unzulässig bezeichnet und daher verboten worden. — Und wie steht es denn mit der Parade der Monarchisten, die für den 11. Mai, also eine Woche später, in Halle geplant ist? Sollte Reichsminister Jarres den Grundsatz vertreten, daß den Arbeitern, also den sichersten Verteidigern der Republik, verboten ist was den Monarchisten, also den geschworenen Feinden der Republik, gestattet ist?

* **Studentenunfug.** Während der Universitätsferien hatte Halle Ruhe vor den farbigen Mützen. Das ist nun vorbei. Sehr deutlich erkann das in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag die Moritz-Straße zu spüren. Es wurden dort etwa 50 Meter Lattenzaun umgerissen und noch anderer Unfug getrieben. Die Achtung vor dem Namen Moritz und dem Privateigentum scheint bei dem Nachwuchs des Bürgertums nicht so groß zu sein, als ihre sonstigen Lebensäußerungen es andeuten. Der 11. Mai wird noch mehr Beweise dafür bringen.

Städtische Steuertermine. Fällig am 10. Mai (Schonfrist 7 Tage) die Gewerbesteuer nach der Lohnsumme (Lohnsummensteuer), die Vorauszahlung auf die Gewerbesteuer nach dem Ertrage (mit ⅓ der zu gleicher Zeit fälligen Vorauszahlung auf die Einkommen- oder Körperschaftssteuer). Die Steuer vom Grundvermögen nebst Gemeindezuschlag, die Hauszinssteuer, die Kanalbenutzungsgebühr und die Fäkaliengebühr sind erst nach Empfang der Ausschreiben zu zahlen.

* **Die Universitätsgebäude flaggen halbmast,** weil der augenblickliche Rektor, Geheimrat von Stern, gestorben ist. Stern ist geborener Deutschrusse, stand lange Zeit im russischen Staatsdienst und ist ein Historiker von Ruf gewesen.

* **Blinder Alarm im Stadttheater.** Die Feuerwehr rückte am Sonntag gegen 12.35 Uhr nachts mit den gesamten Fahrzeugen nach dem Stadttheater aus. Bei ihrem Eintreffen stellte sich heraus, daß die Alarmierung durch selbsttätiges Auslösen der Feuermeldeanlage hervorgerufen war.

* **Das tägliche Opfer.** Am Sonnabendvormittag wurde auf der Rannischestraße ein 71jähriger Gürtler beim Ueberschreiten des Fahrdammes von einem Personenkraftwagen erfaßt und eine Strecke weit mitgeschleift. Er wurde, da er mehrere Verletzungen am Kopf davongetragen hatte und wahrscheinlich auch innerlich verletzt war, mit dem Krankenwagen nach der Klinik gebracht.

* **Das Auto im Straßengraben.** Ein Automobilunfall, der noch glimpflich verlief, passierte am Freitagnachmittag in der Nähe der Eisenbahnunterführung am Rosengarten. Als dort der Chauffeur eines Personenautos einem Pferdegespann ausweichen wollte, kam ihm plötzlich ein großer Lastkraftwagen entgegen. Das Personenauto wurde gegen einen Baum geschleudert und überschlug sich, seine Insassen, den Chauffeur und ein 10jähriges Mädchen, unter sich begrabend. Der Wagen ging in Trümmer, die Insassen wurden nur leicht verletzt.

* **Vermißt** wird seit dem 25. April der kaufmännische Lehrling **Hermann Peters**, geboren am 8. März 1906 zu Spechtshausen, hier Delauer Straße 27 wohnhaft. Er ist 1,60 groß, dunkelblond, kartlos, hat braune Augen, rundes Gesicht mit etwas brauner Hautfarbe. Bekleidet war er bei seinem Weggange mit grauem Filzhut mit schwarzem Band, schwarzgrauen Jackettanzug, schwarzen Schnürschuhen, grauen Strümpfen, weißem Hemd, gelber Barchentunterhose, bronzefarbiger Krawatte mit großen grünen Karos, graublaugefärbten umgenähterten Militärmantel. — Am 26. April gegen 5 Uhr nachmittags soll an der Burabrücke, gegenüber vom Pfälzer Schießgraben, ein Mädchen in die Saale gefallen und ertrunken sein. Absuchungen an Ort und Stelle waren erfolglos. Personen, die über den Vorfall nähere Mitteilungen machen können, werden gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 115a oder 70, zu melden.

* **Heeresrentenzahlung durch die Post.** Die Zahlung der Heeresrenten für Monat Mai findet beim Postamt II, Thielenstraße 2 a, wie folgt statt: am 29. April für die R-Rentenempfänger, am 30. April für die H-Rentenempfänger, am 3. Mai für die Nachzügler. Am 1. und 2. Mai werden Heerenrenten nicht gezahlt.

Hallisches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Heute, Montag, 7½ Uhr: „Ein idealer Gatte". Dienstag: „Der Waffenschmied". Mittwoch einmalige Aufführung von Strindbergs „Fräulein Julie" mit Paul Wegener und seinem Berliner Ensemble. **Donnerstag: „Ein idealer Gatte". Freitag: „Moral". Sonnabend: „Der Troubadour". Sonntag: „Carmen".**

Volksbühne. Die Mitglieder der Theatergemeinde A werden darauf aufmerksam gemacht, daß ihr Spieltag des 9. Werkes wegen Erkrankung des Herrn Abeck auf Montag, den 12. Mai, verlegt werden mußte. Der Liederabend Heiselius-Lißmann ist auf Mitte Mai verschoben. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Aus der Provinz.

Marxismus und Kleinbauern.

„Nieder mit dem Marxismus!" so plärren die faszistischen Führer der Bauernschaft im Tone des Helden Hitler. Was wissen die kleinen Bauern vom Marxismus?! Eben weil sie nichts von Karl Marx zu lesen bekommen haben, kann man den Marxismus mit Erfolg verleumden. Unsere Genossen müssen den kleinen Landwirten sagen, wie Karl Marx ihre Lage beurteilt. Er schrieb in einer seiner Schriften:

„Der Eigentumsitel der Bauern ist der Talisman, womit das Kapital ihn bisher bannte, unter dem es ihn gegen das Proletariat aufbietet. Nur der Fall des Kapitals kann den Bauern steigen machen, nur eine antikapitalistische, eine proletarische Regierung kann kein ökonomisches Elend, seine gesellschaftliche Degradation brechen."

Die sozialdemokratische Republik ist der Verbündete des kleinen Bauern. Diese Worte sind den Kleinbauern während des Wahlkampfes verständlich zu machen. Man lügt den Kleinbauern vor, die Sozialdemokratie sei bauernfeindlich gesinnt. Das Proletariat denkt nicht daran, im Falle seines Sieges eine die praktischen Landwirte ruinierende Politik zu betreiben. Der Marxist Karl Kautsky hat schon während der Revolution geschrieben:

„Das siegreiche Proletariat hat alle Ursache, dafür zu sorgen, daß die Nahrungsmittelproduktion ungestört fortgeht. Eine Expropriation (Enteignung) der Bauern würde diesen ganzen Produktionszweig in die tollste Unordnung bringen und das neue Regime mit Hungersnot bedrohen. Die Bauern mögen also unbesorgt sein. Ihre ökonomische Unentbehrlichkeit wird jede Expropriation verhüten, ganz abgesehen davon, daß schon die einfachste Regel der Klugheit gebietet, sich ohne Not nicht eine so starke Bevölkerungsschicht zu Feinden zu machen."

Und selbst der russische Marxist Varga schreibt: „Es muß ... eine Politik befolgt werden, welche wirtschaftlich die Produktion nicht nach unten hemmt, sondern womöglich fördert, die Ernährung der Städte sicherstellt und dem Proletarier-Regime in den Dörfern eine Stütze schafft."

Weiter schreibt der Berliner marxistische Professor Dr. Ballod in seiner neuen Schrift über die Finanzlage, die Schonung der kleinen Bauern hinsichtlich der Besteuerung. Ballod betont die Notwendigkeit der Hebung der Nahrungsmittelproduktion und schreibt dann weiter:

„Um dies zu ermöglichen, darf man den Landwirt nicht mit zu harten Steuern kommen! Es hilft wirklich nichts: man muß im Gegenteil ihm etwas bieten, damit er mehr produziert! Die Produktivität der Arbeit ist in der Landwirtschaft aus natürlichen Gründen, wegen der geringeren Möglichkeit der Maschinenverwendung, eine geringere als in der Industrie! Also biete man dem Landwirt billigere Maschinen, billigeren elektrischen Strom aus den zu verstaatlichenden elektrischen Zentralen. Vor allem biete man ihm billigen Kunstdünger. Der Staat kann die Kalliwerke und die Stickstoffwerke zwingen, Stickstoff und Kalidünger für den halben Preis an die Landwirte zu liefern, falls man zu den Selbstkosten nur den „bürgerlichen Gewinn" zuschlägt. Dazu müßte der Kunstdünger im Frühjahr auf Vorschuß gegeben werden!" Professor Ballod geht soweit, selbst eine gewisse Garantie für die Produktenpreise vorzuschlagen, die er schon deshalb ohne Schädigung der Konsumenten für durchführbar hält, weil Deutschland große Mengen ausländischer Nahrungsmittel einführen muß und die Weltmarktpreise die Höhe der Inlandpreise mit regeln. Darüber hinaus fordert Ballod großzügige landwirtschaftliche Meliorationen auf Staatskosten.

So also stehen die verleumdeten Marxisten den deutschen Kleinbauern gegenüber. Davon erfahren die Landwirte von ihren großagrarischen Führern freilich nichts. Es ist deshalb Pflicht unserer auf dem Lande wohnenden Genossen, unter den in Betracht kommenden Landwirten fleißig zu agitieren. Es muß diesen Halbproletariern gezeigt werden, wie man sie mit dem Schlagwort: „Nieder mit dem Marxismus" zu belügen und zu betrügen versucht. Für die Kleinbauern liegt nicht die mindeste Veranlassung vor, sich aktiv an dem Kampf gegen die Klasse der Kopf- und Handarbeiter zu beteiligen. Die Vereinigte Sozialdemokratische Partei ist gewillt, eine auch die Lage der Kleinbauern verbessernde Politik zu verfolgen. Erfüllen wir auch diesen Wählermassen gegenüber unsere Pflicht, indem wir ihnen unsere Politik klarzumachen versuchen; **dann mögen sie sich entscheiden!**

Geistliche als Zutreiber der Reaktion.

Wir haben bereits einige Male Gelegenheit gehabt, an der Hand von Beweisen festzustellen, daß sich Geistliche nicht scheuen, ihr unpolitisches Amt mit politischen Fragen zu verquicken und ihre Gläubigen vor den Parteikarren der reaktionären Parteien zu spannen. Zu welchen Tendenzen die Vertreter der christlichen Kirche die Religion der Liebe und der Toleranz des Nazareners Jesus in dieser Zeit umbiegen können, wurde am Karfreitag von einem Pastor in Liebenwerda von der Kanzel herunter den Gottesdienstbesuchern vor Augen geführt. Dieser Herr, der die christliche Lehre vereinbar hält mit Judenhaß und Befürwortung des Duells, hat in seinem Haß gegen die sozialistischen Parteien es nicht unterlassen können, eine Redewendung während seiner Predigt anzuwenden, die geeignet sein sollte, allen Anhängern der sozialistischen Kulturbewegung die Stellung der heutigen Kirchenlehre im Kulturkampf der Gegenwart mit aller Deutlichkeit klarzumachen. Der Herr hat die beispiellose Geschmacklosigkeit besessen, die Sozialdemokratische Partei den Kirchenbesuchern als eine Partei der Sünde vorzuführen und jedes Lesen und jede Annahme ihrer Flugschriften als einen groben Verstoß gegen die Gebote der Kirche und gegen die Interessen ihres Bestandes zu bezeichnen. Wir Sozialisten erheben gegen diese unerhörte Verleumdung unseres Kulturwillens, die von der Kanzel herunter verübt worden ist, energischen Protest. Wir können versichern, daß wir uns auf unserem Wege des Kulturfortschritts in keiner Weise beirren lassen, sondern vielmehr nichts unterlassen werden, solchen Vertretern des christlichen Glaubens das unsaubere Handwerk zu legen.

Dumme gesucht!

Der bekannte gänzlige Wind wehte der Chemnitzer Volksstimme nachstehendes Schreiben auf den Tisch:

Deutschnationaler Volksverein
Stadt und Landkreis . . . . . Vertraulich!

An unsere Parteifreunde aus den Kreisen der Rittergutsbesitzer!

Euer Hochwohlgeboren bitten wir ganz ergebenst um Angabe von 10 bis 20 Namen Ihrer Arbeiter, die Sie vielleicht als nicht ganz radikal rot betrachten, und denen wir **zur Wahlpropaganda ohne Nennung des Absenders unsere Wahlleitung zugehen lassen möchten.** Die Zeitung umfaßt zirka acht Seiten. Jede Nummer beschäftigt sich mit einer politischen Partei. Die Artikel stammen aus der Feder von führenden Persönlichkeiten unserer Landtags- und Reichstagsfraktion. Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie uns einige Anschriften aus dem Dorfe geben würden, um auf diese Weise in weitestes Kreise unsere Gedanken tragen zu können.

Wir bitten um möglichst beschleunigte Antwort.

Mit vorzüglicher Hochachtung und deutschem Gruß!

Der Vorstand
gez. J. A.: Janson,
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied.

Was da steht, ist äußerst interessant, aber sehr schwer in Einklang zu bringen mit dem Gerede von dem Bankrott des „Sozialismus". Die mit den Zeitungen zu bedenkenden Leute sollen „nicht ganz radikal rot sein". Das soll wohl heißen, daß sich überzeugte Sozialisten von den Stadtleuten der Deutschnationalen und Völkischen nicht einfangen lassen.

Echt deutsch ist es, wenn die Zusendung ohne Nennung des Absenders erfolgt. — Was wir immer schon sagten, daß der Wahlkampf mit den gerissensten und geriebensten Mitteln geführt werden wird, findet hier wieder seine Bestätigung.

Können Deutschvölkische Führer sein?

Genosse Schweriner (Berlin) spricht in folgenden öffentlichen Wähler-Versammlungen:

Bitterfeld. Montag, den 28. April, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten".

Wittenberg. Dienstag, den 29. April, abends 8 Uhr, im „Schloßgarten".

Helbra. Mittwoch, den 30. April, abends 8 Uhr, im „Kronprinz".

Roßbach bei Merseburg. Donnerstag, den 1. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal „Rüblemann".

Torgau. Freitag, den 2. Mai, abends 8 Uhr, im „Rathaus-Saal".

Falkenberg. Sonnabend, den 3. Mai, abends 8 Uhr, im „Genossenschaftshaus".

Maifeier 1924.

An die Arbeitnehmerschaft Merseburgs.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Entsprechend der Bedeutung des Tages ersuchen die unterzeichneten Organisationen die Arbeitnehmerschaft Merseburgs, auch in diesem Jahre den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Mehr noch als in den vorausgegangenen Jahren ist es notwendig, Protest zu erheben **gegen den Abbau der sozialen und politischen Errungenschaften** der Arbeitnehmerschaft und gegen den Aufmarsch der gesamten Reaktion, die auch der Republik den Kampf erklärt hat. Die wirksamste Form der Kundgebung gegen reaktionäre Uebermut ist die Arbeitsruhe. Darum rufen wir die Arbeitnehmerschaft Merseburgs auf, am 1. Mai die Arbeit in den Betrieben ruhen zu lassen. Die Feier des diesjährigen 1. Mai soll gleichzeitig ein Werbetag für unsere Sache sein. Von den unterzeichneten Organisationen sind deshalb folgende Veranstaltungen vorgesehen:

Morgens 9 Uhr: Ausflug nach Rattmannsdorf; Treffpunkt am Krankenhaus.

Abends 7 Uhr: Abendfeier im „Tivoli". Mitwirkende sind: Sologuartett vom hallischen Stadttheater, Vereinigter Arbeiter-Sängerchor und Sportkartell Merseburg. Die Festansprache hält Genosse Richard Krüger.

Wir ersuchen unsere Gewerkschafts- und Parteigenossen, sich rege an den Veranstaltungen zu beteiligen. Das Maifestabzeichen kostet 50 Pf. und ist in den Gewerkschaftsbureaus, Sefinerstraße 2, zu haben.

Die Maifestkommission.

Ortsausschuß des ADGB. VSPD., Ortsverein Merseburg.

Merseburg. Genosse Waentig spricht am Montag, den 28. April, abends 8 Uhr, im Lokal „Tivoli" in einer öffentlichen Wählerversammlung über das Thema: Warum wählen wir sozialdemokratisch? Genossen! Sorgt für guten Besuch. Werbt überall für diese Versammlung!

Merseburg. Unfall. Der bisherige kommunistische Stadtverordnete, der Zimmermann E. Pohl, geriet bei der Arbeit in einen Ambiwerk mit der linken Hand in eine Säge. Die vier Finger der linken Hand wurden ihm glatt abgeschnitten. In dem Betriebe, in dem seit Jahren schon ein rein kommunistischer Betriebsrat herrscht, war noch nicht einmal geringend Verbandsgeld da, um dem Verunglückten die erste Hilfe zu gewähren.

Merseburg. Umlegung der Hauszinssteuer. Der Erlaß des preußischen Volkswohlfahrtsministers vom 14. April 1924 ist nunmehr angeordnet worden, daß die zu zahlende Hauszinssteuer neben der gesetzlichen Miete auf die selbstständigen Wohnungen oder die selbständigen Räume anderer Art nach dem Verhältnis der Friedensmiete umzulegen ist. Die Bekanntmachung des Mieteinigungsamtes der Stadt Merseburg vom 16. April 1924 ist daher überholt.

Bitterfeld. Arbeitsmarkt. Die Berichtswoche hat eine Aenderung der Arbeitsmarktlage nicht gebracht. Einstellungen erfolgten lediglich in der chemischen Industrie (Agfa-Filmfabrik), Greuheim-Elektrat-Säurefabrik. Mangel besteht an Maurern und Malern. Es muß für den Arbeitsnachweisbezirk Bitterfeld damit gerechnet werden, daß für die nächsten Wochen ein weiteres erhebliches Ansteigen der Erwerbslosenzahlen nicht in Frage kommt. Auf Grund der letzten Besprechungen über kleine Notstandsarbeiten hat der Arbeitsnachweis unter Zusammenarbeit mit den Gemeinden verschiedene kleinere Objekte zur Durchführung zu bringen. Es ist zu erwarten, daß die in Angriff zu nehmenden kleinen Notstandsarbeiten noch einen Teil der Erwerbslosen der Erwerbslosenfürsorge entziehen werden. Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes kann diese Maßnahme aber nur haben, wenn in größerem Umfange derartige Arbeiten von den Gemeinden vorgenommen werden. In der Stadt Bitterfeld ist sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger (272) nicht geändert. Im Kreis Bitterfeld ist die Zahl der Unterstützungsempfänger von 879 auf 842 zurückgegangen. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen ging von 2376 auf 2284 zurück.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 28. April 1924.

Die gelüftete Maske.

Niederträchtig, unter Anwendung persönlicher Verunglimpfungen und niedriger Verleumdungen, stilistisch vielleicht einwandfrei, aber um so mehr falsch in der Gesinnung, auch ein bischen gemein, erwidert das Schreckenskind des nationalen Eisleben Bürgerringes unsere vor einigen Tagen gebrachte Skizzierung des Kampfes um die Mandate.

Seit geraumer Zeit sind wir darüber im Bilde, daß die nationalen Bürger-Ringer, insbesondere ihre führenden Geister, Wort und Schrift sich anschicken, in Ermangelung einigermaßen anständig zu nennender Argumente eine Kampfesmethode zu benutzen, die den Rahmen der auf jener Seite in Erpacht genommenen ethisch-sittlichen Begriffe glatt sprengt. Von einem, den wir als den Verfasser des am Sonnabend in der Eisleber bürgerlichen Presse erschienenen Artikels „Sozialdemokratische Wahlschmierereien" betrachten, möchten wir das besonders behaupten. Beim leisesten Angriff auf seine vermeintliche Unantastbarkeit wird er einer Bestie, der ihm innewohnenden Leidenschaften, die sich dann in demagogischer Weise in ein Format solcher im erwähnten Artikel enthaltenen Niedertracht ergießen. Diese von strotzender Intelligenz erfüllte Figur sieht — bei ihrer Charakterveranlagung verständlich — im anderen Menschen, insbesondere im Arbeiter, nur den geistig Minderwertigen, der in Begriffsverwechselungen und so ähnlichen schönen Dingen krankt.

Es würde zwecklos sein, dem hervorstechenden Mitglied der Ausreißer-Aktiengesellschaft auf diesem Gebiet zu folgen. Ein Mann, der sich nicht anders als mit Verunglimpfungen des Gegners helfen kann und der in weiten Kreisen als Demokrat galt, der aber, wenn der Ernst der Zeit erfordert, demokratische Prinzipien zu verfechten, ins nationalistische Lager flüchtet, wird natürlich die eiserne Stirn haben, solcher Handlungsweise noch lange keine Beaumschicksteitspolitik vorzuwerfen. So etwas bringt die erhabene Gottähnlichkeit ohne weiteres mit sich!

Dafür aber erbringt der sittliche Erneuerer und Verfasser der erwähnten Artikels den großen Befähigungsnachweis darüber, daß er es mit der ihm innewohnenden Schlaue versteht, Spekulationen auf den Neid gewisser Kreise, für die wir uns manchmal zu rechtem Empfinden eingesetzt haben, zu üben. Seine zweifelhaften

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404281-12/fragment/page=0006

innige Verbindung beweist uns aber, daß wir in unserem sonst anerkannten Bestreben um die Besserstellung hervorragender Kräfte von vielleicht mehr als einem Januskopf umgeben sind. Wir übersehen eben mancherlei, wenn wir im Nebenmenschen den guten Kameraden erblicken.

Der Vorwurf, hinter dem Beruf des städtischen Angestellten den eigentlichen Titel zu verbergen, kann uns nicht treffen. Wir vermögen beim besten Willen kein Verlangen nach dem bei unseren Gegnern beliebten Rezept, mehr zu scheinen als wir sind, zu empfinden. Wenn aber der Begriff „Arbeitervertreter" von dem Verfasser ins Lächerliche gezogen wird, so schlägt sich diese Leuchte einer über alles erhabenen Liste klatschend ins Gesicht. Kein Geringerer als Dr. Strasser nimmt für sich in Anspruch, Arbeiter im Sinne des Wortes zu sein. Als Führer des Jungdo steht er bekanntlich heute noch auf diesem Standpunkt. Wenn aber schon ein städtischer Angestellter nicht mehr als Arbeiter zu betrachten ist, dann fehlen uns tatsächlich die Begriffe für das Verstehen solcher zynischen Bemerkungen. Der objektive Beurteiler wird ohne weiteres eingestehen müssen, daß bei unserem Gegner die Ehrlichkeit im Kampfe in die Binsen gegangen ist. Was bei Menschen, die ihre geistige Nahrung aus der geistigen Kloake des „Eisleber Tageblatt" schöpfen, nicht verwundert. Sie führen in diesem Sinne den Kampf gegen „Mißwirtschaft", verwaschene Demokratie und den Marxismus. Als unschuldsvolle Engel fühlen sie sich berechtigt, mit ihrer jungfräulichen Unbeflecktheit die Gemeinheit Andersdenkenden gegenüber anwenden zu können.

Die sonstigen im Artikel enthaltenen geschmacklosen Bemerkungen schenken wir uns heute.

---

* **Ein starker Erdstoß** wurde Sonnabend morgen 6.50 Uhr in der unteren Lindenstraße wieder verspürt, desgleichen in der Klosterstraße.

Mansfeld. Ein starkes Stück Mut zeigten zwei Bauern, Walter und Kurt Schulze, aus Gorenzen. Als unsere Flugblattverteiler, drei junge Genossen, am Karfreitag dort Flugblätter verteilen wollten, wurden sie von Kurt Schulze erst gemein behandelt, dann holte dieser noch seinen Bruder Walter hinzu, und beide nahmen den jungen Genossen die Flugblätter ab und trieben sie zum Dorfe hinaus. Das war ein Heldenstück, das mit einem Orden zu bewerten ist. Zu bewundern ist aber auch, daß es keine Männer in Gorenzen gibt, die dem entgegentraten. Beim nächsten Male kommen andere, jedenfalls solche, die sich nicht hinausführen lassen.

Bilder aus dem Wahlkampf.

Liebenwerda. Unsere Partei eröffnete hier den Wahlkampf mit einer Wahlversammlung, zu der Genosse Professor Dr. Waentig das Referat übernommen hatte. Das hohe Ansehen, welches Genosse Waentig bei der hiesigen Einwohnerschaft genießt, kam in dem starken Besuch zum Ausdruck, der den großen Saal des „Schützenhauses" bis auf den letzten Platz füllte, trotzdem der „Stahlhelm" und die Volkspartei Gegenversammlungen abhielten. Genosse Waentig behandelte in fesselnder, überzeugender Weise die großen Fragen der Außen- und Innenpolitik und begründete eingehend die Notwendigkeit des Weges der Erfüllungspolitik als den einzigen Weg politischer Möglichkeiten für Deutschland in der heutigen Lage. Die zweistündigen Ausführungen wurden mit musterhafter Ruhe angehört und mit reichem Beifall belohnt. In der Diskussion sprach ein Vertreter der Volkspartei in sehr sachlicher Weise und begrüßte die Ausführungen des Genossen Waentig über die Außenpolitik. Im Schlußwort setzte sich der Referent noch eingehend mit der Frage Monarchie oder Republik und mit der Flaggenfrage auseinander. Seine Ausführungen gipfelten in dem Ausdruck des Stolzes, der großen deutschen Arbeiterpartei dienen zu können, von der er die Zukunft Deutschlands erhofft. Die wenigen anwesenden Völkischen und Kommunisten wagten nicht einmal einen Zwischenruf.

Großtreben. Am 13. April sprach hier in einer starkbesuchten öffentlichen Wählerversammlung Genosse Holzapfel (Halle). Als erster Diskussionsredner sprach Gehlsdorf (SPD.); seine Ausführungen waren sachlich, in vielen Zeilen stimmte er unserem Genossen Holzapfel bei. Die nach ihm folgenden KPD.-Redner benahmen sich deshalb wohl, auch um so wüster, jedenfalls um die Wirkung der Rede ihres Genossen Gehlsdorf zu vereiteln. Im Schlußwort nahm sich dann Genosse Holzapfel diese „Helden" vor. Jeder Satz war ein wuchtiger Hieb gegen die Handlungen und Sünden der KPD. Vielfach versuchten die Kommunisten, unseren Genossen niederzubrüllen, was ihnen aber nicht gelang. Ein Erfolg war die Versammlung auch hier in dieser Hochburg der KPD.

Dauischen. Am 12. April fand hier die erste öffentliche Wählerversammlung statt, die einen sehr guten Verlauf nahm. Genosse Holzapfel (Halle) referierte. Zur Diskussion meldete sich niemand, trotzdem ein kleiner kommunistischer Gernegroß sich des öfteren durch impassende, halb genurmelte Zwischenrufe bemerkbar gemacht hatte. Beim Schlußwort des Referenten machte eben derselbe die Sozialdemokratie sogar für die am selben Tage erfolgte Verhaftung zweier Kommunisten in Bitterfeld verantwortlich, wofür die Versammelten mit einer Lachsalve quittierten. Der Verlauf der Versammlung berechtigt uns zu den besten Hoffnungen.

Dürrenberg. Ueber „Die Wahlen und die Sozialdemokratie" sprach hier am 24. April Genosse Runge (Halle). Er ging auf die Bedeutung der jetzigen Reichstagswahlen ein und schilderte die große Verantwortung, die nach der heutigen Verfassung auf dem deutschen Volke ruht. Genosse Runge schloß mit den Worten: „Krieg oder Frieden! Wollt ihr Krieg und Untergang, dann wählt die Vertreter der Gewaltpolitik, die Rechts- und Linksbolschewisten. Wollt ihr aber das Leben eurer Kinder retten, wollt ihr Frieden und Wohlstand, dann kann und darf es nur eins geben, dann gebt eure Stimme den Kandidaten der Sozialdemokratie." Beifall lohnte die überaus sachlichen Ausführungen des Referenten. In der Diskussion beschäftigte sich Genosse Pöhland des näheren mit den Gemeindewahlen und gab die in der hiesigen Gemeinden aufgestellten Kandidaten bekannt. Die Kommunisten schickten ein „Klassenkampf" großsprecherisch: „Auf, zur Runge-Versammlung!" Aber sie mußten wohl merken, daß in der Runge-Versammlung keine Lorbeeren zu holen waren, und wählten — von wenigen besonderen Ausnahmen abgesehen — der Tapferkeit besseren Teil. Ohne den Saal zu betreten, zog ein Häuflein unter Führung ihres Häuptlings von dannen. Wir wissen ja, wie sehr letzterer bestrebt ist, die hiesigen, kommunistisch eingestellten Arbeiter der Aufklärung fernzuhalten. Diese könnten ja sonst die Wahrheit über die kommunistische Putschpartei erfahren, und das ganze Phrasengebäude der Moskauer Paroleschmiede würde bald in sich zusammenbrechen. Aber die Zeit wird kommen, wo auch diese Arbeiter merken, wie sie von ihren Bischöfen genasführt werden. Im übrigen war auch diese Versammlung ein Erfolg für die Sozialdemokratie, was die Aufnahme mehrerer neuer Mitglieder bewies.

Bockwitz. Unsere zweite öffentliche Wahlversammlung fand am Mittwoch statt. Vor den sehr zahlreich Erschienenen sprach Genosse Professor Dr. Waentig über „die Bedeutung der Reichstagswahlen für Deutschlands Zukunft" in der bekannten sachlichen Art. In der Diskussion faselten einige Kommunisten, kaum der Schule entwachsen, wirres, konfuses Zeug. Sie machten es dem Redner leicht, sie im Schlußwort zu widerlegen. Reicher Beifall dankte Genossen Waentig für seine Ausführungen.

Raundorf bei Lauchhammer. In einer außerordentlich gut besuchten Versammlung sprach am Donnerstag Genosse Möller (Halle) über „die Politik in den letzten vier Jahren und wohin am 4. Mai". Er verstand es in ausgezeichneter Weise, die Anwesenden mit seinen Ausführungen zu fesseln. In der Diskussion sprachen drei Kommunisten; im allgemeinen die alte Walze. Neu war nur, daß ein Redner erklärte, die kommunistische Partei könne keine Versprechungen machen. Na also! Genosse Möller widerlegte alles von den Gegnern vorgebrachte und schloß unter großem Beifall. Die Versammlung war ein voller Erfolg für uns.

Carsdorf a. U. Am Mittwoch fand hier eine öffentliche Wählerversammlung der USPD. statt. Genosse Kämpf (Merseburg) sprach über das Thema: „Wir Sozialdemokraten und die anderen Parteien". Die sehr zahlreich besuchte Versammlung verfolgte aufmerksam die Ausführungen des Referenten. Insbesondere wurden die Ausführungen über die Dolchstoßlegende und die Schuld der Ludendorff-Helfferich am Zusammenbruch mit lebhaftem Interesse entgegengenommen. Trotz zahlreicher Anwesenheit von Stahlhelmern und Wehrwölfen kam eine Debatte nicht zustande. Der Stimmung der meisten Teilnehmer nach zu urteilen, war die Versammlung für uns ein Erfolg.

Bergwitz. Am 24. April fand hier eine öffentliche Wählerversammlung statt, in der Genosse Hans Schmidt (Halle) referierte. In der Diskussion sprach der Genosse Sprüte (Wittenberg) im Sinne des Referenten und der Kommunist Calander aus Kemberg, der ebenso wie der Referent vor den bürgerlichen Parteien warnte, jedoch bolschewistische Gewaltmethoden zur Durchführung der sozialistischen Ziele empfahl. Im Schlußwort mußte er sich vom Genossen Schmidt beweisen lassen, daß die Sinowjew-Scholemschen Turkestanerrezepte nicht zum Segen des deutschen Proletariats gereichen.

Amtlicher Stimmzettel

für den Reichstagswahlbezirk Halle-Merseburg

1. Deutschdemokrat. Volkspartei	2. Deutschnationale Volkspartei	3. Ver. Soziald. Partei — Kunert, Krüger, Wachwitz, Peters
4. Freiwirtschaftsbund F. F. F.	5. Unabh. Sozialdem. Partei	6. Deutschsoziale Partei
7. Nationale Freiheitspartei	8. Kommunistische Partei	9. Völkisch-sozialer Block
10. Wirtschafts-Partei des deutschen Mittelstandes	11. Deutsche Arbeitnehmerpartei	12. Deutsche Volkspartei
13. Polnische Volkspartei	14. Zentrum	15. Hugo-Bund

Wir haben in das Feld der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei bereits das Kreuz eingezeichnet, das der Wähler einzuzeichnen hat, um damit die USPD. gewählt zu haben. Das Verfahren ist sehr einfach. In der Agitation ist es Sache der Parteien, in ihrer Presse, in ihren Flugblättern und auf ihren Wahlplakaten ihren Stimmzettel den Wählern nach Nummer, Parteibezeichnung und Namen so bekanntzumachen, daß jeder Wähler ihn genau kennt. Nur der amtliche, mit Wasserzeichen versehene Stimmzettel darf bei der Wahl verwendet werden. Die Stimmzettelverteilung vor den Wahllokalen durch die Parteien fällt weg, der Wähler erhält den amtlichen Zettel im Lokal. Es empfiehlt sich, daß jeder Wähler und jede Wählerin sich mit einem Bleistift zum Wahlgange ausrüsten, um das erforderliche Zeichen im Kreise der USPD. in der Wahlzelle machen zu können.

Kitzschen. Die Wahlbewegung ist nun auch bis zu unserem kleinen Ort vorgedrungen. Daß die hiesige Einwohnerschaft Interesse für die Reichstagswahl bekundet, bewies der gute Besuch der von unserer Partei zum Donnerstag einberufenen öffentlichen Versammlung. Genosse Wielepp (Halle) verstand es, in einem zweistündigen Referat die Angriffe auf die USPD. geschickt abzuwehren und die wahren Schuldigen an dem verlorenen Weltkrieg und den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen herauszustellen. In der Diskussion getrauten sich die anwesenden Deutschvölkischen nicht heraus, trotzdem sich unter ihnen eine führende Größe, der Gutsbesitzerssohn Günther aus Stangip, befand. Mit seinen faden Witzen, die er nach der Versammlung anzubringen suchte, fand er nur wenig Gehör. Die hiesige Arbeiterschaft ließ erkennen, daß sie am 4. Mai sozialdemokratisch wählt.

Ortrand. Am Mittwoch sprach hier in einer gut besuchten Versammlung die Genossin Kunert (Berlin). Ihre Ausführungen übergossen selbst viele der anwesenden Kommunisten davon, daß die Sozialdemokratische Partei durch ihre Tätigkeit im Parlament die Interessen der Arbeiterschaft wahrgenommen hat. In der Diskussion versuchte der bekannte Kommunist Watte aus Bockwitz, wahrscheinlich auch aus Aerger über die am Ostersonnabend wegen allzu schlechten Besuches nicht zustande gekommene kommunistische Versammlung, sein Mütchen an der USPD. zu kühlen. Seine Ableugnung der Geistesverwandschaft der Kommunisten mit den Deutschvölkischen erfuhr sogleich eine Bewertung dadurch, daß der Verwalter des Krausnitzer Gutes, Führer des Stahlhelm und des Wehrwolf, den Ausführungen Wattes offenkundigen Beifall spendete. Ein Versuch der Kommunisten, vor dem Schlußwort die Versammlung zu sprengen, scheiterte elendiglich. Als dann während des Schlußwortes Herr Watte den Eindruck der Rede der Genossin Kunert durch blöde Zwischenrufe zu stören suchte, wurde er durch die Versammlung zur Ruhe gewiesen, so daß er wie ein betrübter Lahzerber davonschied. Einem nochmaligen Sprengungsversuch, den Watte unternahm, folgten nur wenige. Unter lebhaftem Beifall konnte die Referentin ihre Rede schließen.

Elsnig (Kreis Torgau.) Auch hier fand eine gutbesuchte Wählerversammlung der USPD. statt. Genosse Künne (Halle) sprach über „Aufstieg oder Niedergang". Der Redner schilderte, welchen Elend das deutsche Volk entgegengehe, wenn die Deutschvölkischen und die Rechtsparteien bei der Wahl einen größeren Erfolg haben würden. Aber auch die bisherige Tätigkeit der Kommunisten habe stets zu einem Mißerfolg für die Arbeiter geführt. In der Aussprache beschwerte sich ein Landwirt über die Forderungen der Arbeiter bezüglich der Arbeitszeit, ein Deutschvölkischer meinte, der Referent hätte seine Gesinnungsgenossen nicht so angreifen dürfen, sonst konnte er leider nichts wesentliches sagen. Der Genosse Künne konnte dann in seinem Schlußwort unter dem Beifall der zahlreich anwesenden Arbeiter den Arbeitgebern und Deutschvölkischen manch bittere Wahrheit sagen.

Eilenburg. Am Freitag, dem 25. April, hielt die hiesige Ortsgruppe der USPD. in der „Stadthalle" eine gutbesuchte Wählerversammlung ab, in der Genosse Schulz (Halle) über die Bedeutung des 4. Mai referierte. In seinen Ausführungen ließ der Referent die Ereignisse von 1914 bis zum heutigen Tage noch einmal Revue passieren und wies in überzeugender Weise nach, daß die Zukunft Deutschlands und seiner Arbeiterklasse von einer starken Sozialdemokratie abhängt. Nach den mit spontanem Beifall aufgenommenen Referat meldete sich keiner der anwesenden Gegner zu Wort, so daß der Genosse Schulz sich in seinem Schlußwort auf einige anfeuernde Worte zum 4. Mai beschränken konnte. Der Vorsitzende, Genosse Quipsch, konnte die Versammlung mit der Versicherung schließen, daß die Eilenburger Sozialdemokratie am Wahltage ihren Mann stehen werde.

Gewerkschaftsbewegung.

Klägliches Fiasko.

Die Bergarbeiter ignorieren den kommunistischen Kongreß.

Leipzig, 28. April. (Eig. Drahtbericht.)

Der mit großem Wortschwall und viel Druckerschwärze von der KPD. propagierte „Mitteldeutsche Bergarbeiterkongreß" in Leipzig ist wie so viele andere kommunistische Aktionen wieder ein glatter Reinfall geworden. Zu diesem Kongreß waren sämtliche Betriebsräte und Funktionäre des Bergbaues aus den Bezirken Zeitz, Nordhausen, Hildesheim, Zwickau, Schlesien, Oelsnitz, Senftenberg und Halle eingeladen. In diesen Bezirken befinden sich rund 380 Schachtanlagen. Erschienen waren 88 Delegierte, von denen 33 der KPD., zwei der USPD. angehörten und drei parteilos sind. Um diese Beteiligungsziffer recht würdigen zu können, muß man wissen, daß die vom Bergarbeiterverband einberufenen Betriebsrätekonferenzen im Bezirk Halle allein in der Regel von 130 Delegierten besucht sind.

Trotz des überaus schwachen Besuchs, der doch mit aller Deutlichkeit zeigt, daß die Bergarbeiter sich dafür bedanken, von der KPD. zu keinen politischen Zielen sich mißbrauchen zu lassen, wurde die Konferenz eröffnet. Schröder (Berlin) hielt ein Referat, das man im wesentlichen schon vorher kannte: „Die Gewerkschaften sind unfähig, wollen nicht kämpfen, stehen im Dienste des Kapitals usw. Unter allen Umständen müsse es zum offenen Kampfe kommen. Die Kommunistische Partei werde die Führung übernehmen. Der Kampf müsse sich auf der Straße fortsetzen. Ein Delegierter aus Schlesien faselte dann später auch von Bergarbeiterhundertschaften, die bereits gebildet seien.

Die Konferenz nahm mehrere Resolutionen an, die zum Ausdruck bringen, daß die mitteldeutschen Bergarbeiter sich der Aufforderung der Kommunisten in Rheinland-Westfalen anschließen, daß die gesamten Bergarbeiter Deutschlands am 1. Mai zum Generalstreik aufgerufen werden sollen.

Es wurde dann eine Kampfleitung für den Bezirk Mitteldeutschland gewählt.

Die Kommunistische Partei mag ja soviel Kongresse einberufen wie sie will und soviel Entschließungen einbringen, wie es ihr beliebt. Die Arbeiter sind glücklicherweise doch schon etwas klüger geworden und lassen sich nicht von verantwortungslosen Drahtziehern in Aktionen hineinkommandieren, deren Opfer sie dann werden, während die Anführer sich irgendwo versteckt im Hintergrunde halten und, wenn Gefahr vorhanden, spurlos verschwinden.

An die Bergarbeiter Mitteldeutschlands!

Kameraden!

Werksweise gehen die Unternehmer vor, um auf den einzelnen Werken Familienbeihilfe-Kassen als Ersatz für die durch ihre Schuld fortgefallene Familienbeihilfe der Knappschaftsvereine mit Hilfe der Betriebsräte und Belegschaften ins Leben zu rufen. Der Braunkohlen-Industriebezirk will dadurch erreichen, daß einmal das Reichsknappschaftsgesetz von innen heraus ausgehöhlt werden soll, das andere Mal will er den Anschein geben, als wenn er die Nöte der Bergarbeiterschaft beheben will. Das Ziel ist zu durchsichtig, als daß es nicht durchschaut werden könnte. Die Arbeitgeber wollen vor der Wahl den Kumpeln noch nochmal zeigen, daß sie das Beste für sie im Auge haben, während in Wirklichkeit sie mit dieser Maßnahme ihre eigenen Interessen verfolgen. Wenn es den Arbeitgebern ernst mit der Hilfe der Familienangehörigen wäre, so brauchten sie nur den gestellten Anträgen der Arbeitnehmerseite im Vorstand des Reichsknappschaftsbezirks und im Vorstand der Bezirksknappschaftsvereine zuzustimmen, und alle entstandenen Mehrleistungen würden dadurch wieder in Kraft gesetzt werden. Ihre gegenteilige Stellungnahme in diesen Körperschaften ist ein Beweis dafür, daß es sich hier um einen Trick handelt, an den sie vor den Wahlen keinen Mangel haben.

Kameraden! Laßt Euch nicht einseifen. Lehnt derartige Sonderkassengründungen ab. Kein Arbeitgeber hat das Recht, Euch anders als die gesetzlichen Abzüge einzubehalten. Die Bildung der Sonderkassen nützt Euch nichts, sondern schädigt Euch!

Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirksleitung Halle.

Keine Verständigung im Ruhrrevier.

Essen, 28. April. (Eig. Drahtbericht.) Die vom Schlichter für Rheinland-Westfalen für Sonnabend angesetzten Verhandlungen über den am 1. Mai ablaufenden Rahmentarif und die von den Arbeitgebern angestrebte Erneuerung des Ueberarbeitsabkommens im westfälischen Bergbau haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Arbeitervertreter erklärten sich bereit, in Verhandlungen über eine Mehrarbeit einzutreten, wenn der Rahmentarif in seiner jetzigen Fassung solange bestehen bleibt, bis entweder eine Verständigung der Parteien über den Rahmentarif zustandekommt, oder durch Schiedsspruch eine Regelung erfolgt. Die Unternehmer dagegen wollen die Verbindungen der Ueberarbeit vor der Regelung des Rahmentarifs. Da eine Verständigung nicht erzielt wurde, bestimmte der Schlichter einen neuen Termin auf Montag vormittag 10 Uhr an, um das Zwangsschlichtungsverfahren durchzuführen. Sofort nach Abschluß der Verhandlungen wird der Bergarbeiterverband eine Revierkonferenz einberufen, die über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches entscheiden soll.

Generalstreik als kommunistische Wahlparole.

Die Beschlüsse des vor einigen Tagen stattgefundenen Bergarbeiterkongresses der Union sollen jetzt anscheinend in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Die soeben beendete Streikbewegung im Bezirk Oberhausen war als Auftakt gedacht. Seine Fortsetzung scheint im Gladbecker Revier beabsichtigt zu sein. Teile der Belegschaft von Ahrenberg-Fortsetzung 1 und 3 sind in den Streik getreten. In den nächsten Tagen dürfte vermutlich mit einer weiteren Ausdehnung dieser kommunistischen Bewegung zu rechnen sein. Auf Kaiserstuhl 2 bei Dortmund befinden sich ebenfalls Teile der Belegschaft im Streik. Es steht jedoch schon heute fest, daß die beabsichtigte Generalstreikbewegung der Kommunisten zum Scheitern verurteilt ist, da nicht nur die Bergarbeiterverbände, sondern auch die Belegschaften selbst der Streikparole durchaus ablehnend gegenüberstehen. Von kommunistischer Seite wird erklärt, daß nach dem bevorstehenden Schiedsspruch über die Arbeitszeit im Ruhrbergbau die ganze Kraft zum Kampf eingesetzt würde, wobei jedoch die Absicht, eine günstige Wahlparole zu haben, eine erhebliche Rolle spielt.

Vor schweren Kämpfen im bayrischen Baugewerbe.

Nach Ablauf des Landestarifs für das bayerische Baugewerbe stellte der Unternehmerverband die Forderung nach Einführung der 60stündigen Arbeitswoche. Die Arbeiterorganisationen lehnten diese Verhöhnung des Achtstundentages ab, worauf sich der Syndikus der Unternehmer an das Sozialministerium wandte. Daraufhin erließ der Landesschlichter einen Schiedsspruch, der für die Städte München, Augsburg, Nürnberg und Fürth eine wöchentliche Arbeitszeit von 55 Stunden und für die übrigen bayerischen Gebiete bis zu 57 Stunden festsetzte. Dieser Schiedsspruch wurde von den Bauarbeitern in ganz Bayern einmütig abgelehnt, worauf die Unternehmer die Verbindlichkeit beantragten, die das Sozialministerium auch ausgesprochen hat. Bereits nach Orten versuchten einige Münchener Großfirmen, tatsächlich die 60stündige Arbeitswoche einzuführen und sperrten die Arbeiter aus, die sich weigerten, diese Arbeitszeit anzuerkennen. Gleichzeitig entstanden auch Differenzen über die Neufestsetzung der Löhne. Wiederum unterbreiteten der Schlichter einen Vorschlag, den aber die Münchener Bauarbeiter mit überwiegender Mehrheit ablehnten. Nach der bisherigen Stellungnahme der Unternehmer dürfte ein Kampf im Baugewerbe für ganz Bayern unausbleiblich sein; es wurden bereits auch alle Vorbereitungen für die drohenden Aussperrungen getroffen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192404281-12/fragment/page=0007

Wählerversammlungen der VSPD.

Halle

Jungsozialisten. Dienstag-Versammlung fällt mit Rücksicht auf Hilferdings-Versammlung aus.

SAJ. Montag fällt das Turnen aus.

Holzarbeiter-Verband (Sektion der Bau- u. Möbeltischler). Dienstag, den 29. April, abends 7½ Uhr: Versammlung im „Volkspark". Tagesordnung: Lohnfrage und Verschiedenes. 6909

Kreis Merseburg-Querfurt.

Montag, den 28. April:

Merseburg. Abends 8 Uhr im „Tivoli": Oeffentliche Versammlung. Referent: Gen. Prof. Weentig (Halle).

Reichmannsdorf. Abends 8 Uhr im Gasthof Handstein: Oeffentliche Versammlung. Ref.: Gen. Wenscheck (Merseburg).

Dienstag, den 29. April:

Schkopau. Abends 8 Uhr im Gasthof Berger: Oeffentl. Versammlung. Referent: Gen. Landrat Guske (Merseburg).

Löbejün. Abends 8 Uhr „Weißes Roß": Oeffentliche Versammlung. Referent: Genosse Hennig (Merseburg).

Mittwoch, den 30. April:

Schotteren bei Lauchstedt. Abends 8 Uhr, im „Goldner Adler": Oeffentliche Versammlung. Referent: Gen. Wenscheck (Merseburg).

Goddula. Abends 8 Uhr, im „Grünen Hof": Oeffentliche Versammlung. Ref.: Gen. Hennig (Merseburg).

Schkeuditz. Abends 8 Uhr. im Gasthof: Oeffentliche Versammlung. Referent: Gen. Wernicke (Halle).

Horburg. Abends 8 Uhr. im Gasthof: Oeffentliche Versammlung. Referent: Gen. Kämpf (Merseburg).

Kreis Bitterfeld.

Montag, den 28. April:

Bitterfeld. Abends 8 Uhr im „Bürgergarten": Oeffentliche Versammlung. Redner: Gen. Schweriner (Berlin).

Pouch. Oeffentliche Versammlung.

Ramsin. Oeffentliche Versammlung.

Kreis Zerbst.

Dienstag, den 29. April:

Zerbst. Abends 8 Uhr im „Schützenhaus": Oeffentliche Versammlung.

Mittwoch, den 30. April:

Glesien. Abends 8 Uhr im Gasthof Raue: Oeffentliche Versammlung.

Crostitz. Abends 8 Uhr im Gasthof: Oeffentliche Versammlung.

Kreis Wittenberg.

Montag, den 28. April, abds 7½ Uhr bei Frendenberg: Außerordentl. Kartellsitzung. Alle Delegierte haben zu erscheinen.

Piesteritz. Montag, den 28. April, abends 8 Uhr, in der „Kappelbrücke": Wählerversammlung. Referent: Reichstagsabgeordneter Richard Krüger. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, recht eifrig für diese Versammlung zu werben.

Wittenberg. Dienstag, den 29. April, abends 8 Uhr, im „Volksgarten": Oeffentliche Versammlung. Redner: Dr. Schweriner (Berlin).

Kreis Sangerhausen-Eckartsberga.

Montag, den 28. April:

Questenberg. Abends 8 Uhr im Gasthof: Oeffentliche Versammlung.

Dienstag, den 29. April:

Heldrungen. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung. Redner: Reichstagsabg. Kunert.

Dittichenrode. Abends 8 Uhr im Gasthof: Oeffentliche Versammlung.

Dittichenrode. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Mittwoch, den 30. April:

Artern. Abends 8 Uhr im „Goethehaus": Oeffentliche Versammlung. Redner: Landrat Guske.

Liedersdorf. Abends 8 Uhr im Gasthof: Oeffentliche Versammlung.

Schmalzerode. Abends 8 Uhr im Gasthof: Oeffentliche Versammlung.

Martinsrieth. Abends 8 Uhr im Gasthof: Oeffentliche Versammlung.

Liedersdorf. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Schmalzerode. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Artern. Abends 8 Uhr, im „Goethehaus": Oeffentliche Versammlung.

Donnerstag, den 1. Mai:

Sangerhausen. Abends 8 Uhr, im „Preußischen Hof": Oeffentl. Versammlung.

Berga. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Katharinenrieth. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Freitag, den 2. Mai:

Stempeda. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Holdenstedt. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Walhausen. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Kreis Mansfeld.

Montag, den 28. April:

Teutschenthal. Abends 8 Uhr im „Würderhof": Oeffentliche Versammlung. Redner: Reichstagsabgeordneter Gen. Kunert.

Zappendorf. Abends 8 Uhr im Gasthof: Oeffentliche Versammlung.

Dienstag, den 29. April:

Dederstedt. Abends 8 Uhr, im Gasthof Galande: Oeffentliche Versammlung.

Mittwoch, den 30. April:

Helbra. Abends 8 Uhr im „Kronprinz": Oeffentliche Versammlung. Redner: Redakteur Schweriner (Berlin).

Donnerstag, den 1. Mai:

Erdeborn. Abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Zentralbibliothek Halle

Burgstraße 27 (Volkspark).

Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44.

Gummi

Hygienische Gummiwaren für Frauen und Männer 6857

Fr. Speer

Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 63.

Schülermützen

für alle Schulen, nur beste Verarbeitung empfiehlt 6380

J. Kaliga,

Mützenfabr., Gr. Klausstr. 35

VSPD. Wittenberg VSPD.

Dienstag, den 29. April, abends 8 Uhr, spricht im „Schloßgarten":

Dr. Schweriner (Berlin)

über das Thema:

Können Deutschvölkische Führer sein?

Der Hitler-Ludendorff-Prozeß hat deutlich gezeigt, welche Gefahr der deutschvölkische Sumpf für Deutschland bedeutet.

Wähler und Wählerinnen erscheint in Massen!

6965 **Die Parteileitung.**

Arbeitsamt Eisleben.

Petristraße 9. Fernsprecher 131.

Gewerbliche Abteilung: a) Arbeitsuchende: Autoführer, Bäcker, Fleischer, Friseure, Anstreicher, Bauarbeiter, Schlosser Schmiede, Tischler Drucker, Berg-, Hütten-, Salinen-, Platz-, Tagebau- und Abraumarbeiter, Laufburschen, Handlungsgehilfen, Bürogehilfen, Bereiter, Hauslehrer. b) Offene Stellen: Tischler für Fournierungsarbeiten — **Abteilung Landwirtschaft:** a) Arbeituchende: Wächter, Gespannführer, Tagelöhner, Schweizer, Schäfer, verh. u. ledige, Gutszinnerleute. b) Offene Stellen: Frauen und Mädchen zur Feldarbeit, Gutsmaurer. — **Weibliche Abteilung:** a) Arbeituchende: Aufwartungen, Dienstmädchen, Kontorpersonal Lehrmädchen für Geschäft, Lehrstöchter, Nähterinnen, Ostermädchen, Plätterinnen, Scholarinnen. b) Offene Stellen: Aufwartungen, Dienstmädchen ältere gediente, Küchen-, Haus- und Stubenmädchen für Güter, Stütze, Stallmädchen, Gutsmamsell, Köchin für Erholungsheim, Weißnäherin.

Amtliche Bekanntmachungen

Eisleben

Die Neuwahlen zum Reichstage und zur Stadtverordneten-Versammlung finden an

Sonntag, dem 4. Mai 1924

von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags statt.

Gewählt wird bei beiden Wahlen auf Grund ein und derselben Stimmliste (Bürgerliste).

Wählen darf nur, wer in der Stimmliste (Bürgerliste) verzeichnet steht oder im Besitze eines Stimmscheines ist.

Wer am Wahltage noch nicht **ununterbrochen** 6 Monate in Eisleben wohnt, darf zur Stadtverordnetenwahl nicht zugelassen werden.

Für die **Reichstagswahl** sind Einheitsstimmzettel amtlich hergestellt, die jedem Wähler mit dem betreffenden Stimmzettelumschlage **im Wahlraume** ausgehändigt werden. Auf diesem Stimmzettel muß **einer** der aufgeführten Wahlvorschläge als newählt gekennzeichnet werden, was zweckmäßig durch Eintragen eines Kreuzes in den Kreis des betreffenden Wahlvorschlages geschieht.

Stimmzettel für die **Stadtverordnetenwahl** werden amtlich **nicht** hergestellt und dürfen im Wahlraume auch nicht verteilt werden. Jeder Wähler hat sich daher einen solchen selbst zu besorgen. Dieser Stimmzettel darf nur **einen** der zugelassenen Wahlvorschläge enthalten; weitere Angaben oder Kennzeichen machen ihn ungültig.

Der für die Stadtverordnetenwahl erforderliche und besonders gekennzeichnete Wahlzettelumschlag wird dagegen im Wahlraume ausgegeben.

Die Abgrenzung der für beide Wahlen einheitlich gebildeten Stimmbezirke ergibt die nachstehende Uebersicht:

1. Bezirk (1557): Andreaskirchplatz, Bucherstraße, Glockenstraße, Herrenstraße, Jüdenhof, Küstergasse, Markt, Rathausstraße, Sangerhäuser Straße, Schulgasse, Schulplatz, Vikariatsgasse. Wahlraum: **Ratsaus**, Stadtverordnetensitzungssaal. Wahlvorsteher: Otto Gähler, Sparkassendirektor. Stellvertreter: Alois Witzel, Kaufmann.

2. Bezirk (1558): Auswärtige Gehöfte 23 und 23a, Anstaltstraße, Ernststraße, Baracken an der Ernststraße, Hohetorstraße, Katharinenstraße, Clotildestraße, Martinsstraße, Rohrbornstraße. **Mädchenvolksschule**, Rohrbornstraße 1a. Paul Stephan, Bezirksschornsteinfegermeister. (Georg Strecker, Fahrsteiger).

3. Bezirk (1559): Auswärtige Gehöfte 1 bis 10, Gartenstraße, Gebhardtder Straße, Blumenstraße, Helbraer Straße, Magdeburger Straße, Nikolaiteichplatz, Nikolaistraße, Nutzbreite, An der Oberhütte, Torgartenstraße. **Gasthof „Zur Kugel"**, Nußbreite 68. Otto Spitzke, Landwirt. (Louis Wagner, Steinsetzer).

4. Bezirk (1560): Auswärtige Gehöfte 11 bis 12a, Freistraße, Hahnengasse, Klosterplatz, Poststraße, Pulvergasse, Schloßplatz, Steinkopfstraße. **Lutherzymnasium**, Schloßplatz 1. Walter Wagner, Kaufmann. (Gustav Schilasky, Bauarbeiter).

5. Bezirk (1561): Bäckergasse, Grabenstraße, Klippe, Rammtorstraße, Kleine Rammtorstraße, Sperlingsberg, Steinweg. **Knabenvolksschule**, Grabenstraße 40/42. Richard Thamm, Fahrsteiger. (Johann Rawrodt, Bergmann).

6. Bezirk (1562): Auswärtiges Gehöft 12b, Badergasse, Größleistraße, Klosterstraße, Landwehr, Lindenstraße, Lutherstraße, Plan. **Lutherschule**, Lutherstr. 15. Gustav Winkler, Lehrer. (August Fessel Gastwirt).

7. Bezirk (1563): Königstraße, Petristraße, Petrikirchplatz, Rammberg, Hintere Siebenhitze, Mittlere Siebenhitze, Vordere Siebenhitze, Stadtgraben. **Oberrealschule**, Königstraße 15/16. (Clemens Rademacher, Rektor. (Robert Domnick. Mittelschullehrer).

8. Bezirk (1564): Wilhelm-Heinrich-Str., Blücherstraße, Feldstraße, Funkstraße, Hessestraße, Leuchnerstraße, Obere Parkstraße, Querstraße, Schönerstedtstraße, Welkerstraße. **Schankwirtschaft „Reichskrone"**, Leuchnerstr. 84. August Voelker, Lehrer. (Ernst Müller, Bureauassistent).

9. Bezirk (1565): Bahnhofstraße, Bebelstraße, Bismarckstraße, Geiststr., Hintern Geiststraße, Hallesche Straße, Liebknechtstr., Lindenhof, Moltkestraße, Untere Parkstraße. **Schankwirtschaft „Gambrinushalle"**, Hallesche Straße 69. Karl Dittmar, Stadtrat. (Wilhelm Reuter, Bauldirektor).

10. Bezirk (1566): Bornaasse, Brauagasse, Breiter Weg, Breitestraße. **Schankwirtschaft von Brückleitz**, Breiter Weg 92. Hermann Seffner, Tischlermeister. (Ludwig Dümmler, Tischlermeister).

11. Bezirk (1567): Annengasse, Annenkirchplatz, Auswärtige Gehöfte 16 u. 16b, Creiselder Gasse, Grüner Weg, Mittelreihe. **Schankwirtschaft von Kuhs**, Creiselder Gasse 12. Richard Appelfelder, Dreher. (Richard Wagner, Revierfahrsteiger).

12. Bezirk (1568): Albrechtstraße, Berggasse, Casseler Straße, Hüttenstr., Mühlweg, Mühlplatz, Ottostraße, Stahlshüttenhof, Weinberg, Zellergasse. **Neustädter „Schützenhaus"**, Casseler Straße 5. Oskar Fessel, Stadtfreträr. (Richard Fahnert, Förderungsaufseher). 1277

Eisleben, den 25. April 1924.

Der Magistrat.

Durch Beschluß der städtischen Körperschaften sind die bisherigen **Luxbarkeitssteuersätze** für Tanzlustbarkeiten verdoppelt.

Die erhöhten Sätze sind vom 1. Mai 1924 ab zu zahlen. 1273

Eisleben, den 23. April 1924.

Der Magistrat.

Nach der Anordnung des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt vom 15. April 1924 II 6 Nr. 1583 ist die vom 1. April 1924 ab zu entrichtende **Hauszinssteuer** neben der gesetzlichen Miete zu zahlen und vom Vermieter auf die Mieter nach dem Verhältnis der vollen Friedensmiete umzulegen, wobei auch die nicht vermieteten Räume entsprechend zu berücksichtigen sind.

Selbst wenn die Grundvermögenssteuer nach §§ 2, 3 und 4 der Preußischen Steuernotverordnung ermäßigt sein sollte, bleibt der Vermieter berechtigt, die volle Hauszinssteuer umzulegen. 1275

Eisleben, den 25. April 1924.

Der Magistrat.

Helbra

Gewerbesteuervorauszahlung für 1924.

Die Vordrucke für die Gewerbesteuervoranmeldungen sind den Gewerbesteuerpflichtigen hiesiger Gemeinde zugestellt worden. Sollte ein Gewerbesteuerpflichtiger noch nicht im Besitze eines Formulars sein, so hat sich der Betreffende ohne Rücksicht darauf, ob er zur Gewerbesteuer veranlagt war oder nicht, ein Formular bei der hiesigen Gemeindekasse abzuholen. 1274

Helbra, den 26. April 1924.

Der Gemeindevorsteher.

Büromöbel

Diplomatenschreibtische 80×150 **85 Mk.** | **Schreibmaschinentische . . . 15⁵⁰ Mk.**

Bürotische m. 1 Schublade 70×150 **32 Mk.** | **Registerschränke mit Jalusien 130 Mk.**

Sessel und Stühle — Ledermöbel

Schröder & Förster

Büro-Einrichtungs-Gesellschaft

Filiale Halle a. d. S., Geiststraße 5, I. Etage. — Zentrale: Berlin-Charlottenburg, Göthestraße 41.

Telefon: 9161 Telefon: Steinpl. 8884.

„VOLKSBLATT"

Die Verordnung über die Arbeitszeit

mit Erläuterungen.

Im Auftrage des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes herausgegeben von **Th. Leipart.**

Preis 30 Pfg. Preis 30 Pfg.

BUCHHANDLUNG

Aelterer Herr sucht **einfaches Zimmer** od. anständ. Schlafstelle. Off. u. VH. 28 an die Exp. 6916

Sie können noch mehr Kundschaft bekommen, wenn Sie in der Zeitung inserieren!

Volksblatt-

Bilderbücher

Jugendschriften

Märchenbücher

Buchhandlung

Wir halten uns den Vereins-, Gewerkschafts- und Parteivorständen z. Herstellung von

Drucksachen aller Art

in geschmackvoller und sauberer Ausführung bestens empfohlen

Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei e. G. m. b. H.

Halle a. S.: Tel. 6605: Harz 42/44

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 160 Reichsversicherungsordnung und § 1 Abs. 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte in der Fassung des Abänderungsgesetzes vom 10. November 1922 wird der Wert der Sachbezüge wie folgt festgesetzt:

Gruppe der Versicherten	Völlig freie Station einschl. Wohnung und Heizung für den Tag	Verpflegung für den Tag: volle	Verpflegung für den Tag: teilweise 1. Frühstück	2. Frühstück	Mittagessen	Vesper	Abendbrot	Wohnung für das Jahr: Stube	Küche	Kammer	Stube bei gemeinschaftl. Benutzung	Heizung für das Jahr: Stube	Küche	Kammer
	M.	₰	M.	₰	₰	₰	₰	₰	M.	M.	M.	M.	M.	M.
1. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, Handlungsgehilfen und Gehilfen in Apotheken, Bühnen- und Orchestermitglieder, Lehrer und Erzieher	2	10	1	80	25	25	50	25	40	90	45	45	60	25	15	10
2. Handlungslehrlinge und Lehrlingen in Apotheken, weibliche Handlungsgehilfen, Gewerbegehilfen jeder Art, ungelernte Arbeiter beiderlei Geschlechts und männliche Dienstboten	1	50	1	20	20	20	40	20	30	75	36	36	50	20	15	10
3. Die weiblichen Dienstboten, Aufwärterinnen, Waschfrauen und gewerbliche Lehrlinge	1	20	1	—	15	15	35	15	25	60	30	30	45	15	10	5

1272

Diese Sätze treten mit dem 1. Mai 1924 in Kraft. Für weitere Berufsgruppen mit regelwidrigen Verhältnissen der Sachbezüge wird Einzelprüfung und Festsetzung vorbehalten.

Mit dem Inkrafttreten dieser Bekanntmachung wird unsere frühere Verordnung über Festsetzung des Wertes der Sachbezüge aufgehoben.

Eisleben, den 26. April 1924.

Städtisches Versicherungsamt.

Kluge Frauen!

Vorsicht bei Anwendung von Mitteln gegen **Regelstörung!**

Hüten Sie sich vor Anpreisungen, die nur selten das halten, was sie versprechen!

Rettung und neuen **Lebensmut** bringen meine seit Jahrzehnten erprobten **Spezialmittel** und befreien Sie von krankhaften **Stockungen,** die zur **Verzweiflung** treiben können, auch in **schweren** Fällen. Einfachste Anwendung, garantiert unschädlich, keine Berufsstörung. Viele freiw. und herzliche Dankschreiben bezeugen den Erfolg, oft schon in **Stunden.** Versand unauffällig unter Nachnahme. Leiden Sie? dann schreiben Sie noch heute an

W. Heilmann, Hamburg 19 (C 481)

Bellealliancestr. 46 6467

Am Schwarzen Brett:

Hauszinssteuer. — Reichstags- und Stadtverordnetenwahl. 690

Magistrat Delitzsch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219240428 1-12/fragment/page=0008